

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 124

SONNTAG, 27. Okt. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Diktatur der Generaldirektoren
Hugenberg und Seldte
Wer ist der innere Feind?
Jenseits des Rechts

Ein Sieg der Demokratie

Glänzender Wahlerfolg der dänischen Sozialdemokratie

Der demokratische Sozialismus hat am 22. Oktober in Dänemark einen glänzenden Sieg errungen. Die von der Sozialdemokratie geführte dänische Regierung ist aus dem kurzen, aber sehr heftigen Wahlkampf mit einem erheblichen Machtzuwachs hervorgegangen. Dieses Ergebnis verdankt sie dem großen Erfolg der dänischen Sozialdemokratie. Unsere Bruderpartei verbucht einen Gewinn von rund 100.000 Stimmen und 6 Mandaten. Die zweite Regierungspartei, die Radikalen, gewinnen 6000 Stimmen und kehren mit unveränderter Mandatzahl ins Parlament zurück. Im neuen Parlament besetzen die Sozialdemokraten 68 und die Radikalen 14 Mandate bei einer Gesamtzahl von 148 Mandaten, so daß die Regierung Stauning jetzt über eine sichere Mehrheit im Folkething verfügt.

Der Erfolg unserer dänischen Genossen gewinnt noch an Bedeutung, wenn man die allgemeinen Umstände in Betracht zieht, unter denen die Wahlen durchgeführt wurden. Die Regierung Stauning ist seit sieben Jahren im Amt, sie ist eine Koalitionsregierung, die im Folkething zwar eine schwache Mehrheit besaß, aber im Landsting ständig auf den Widerstand der beiden Oppositionsparteien, der Konservativen und der Bauernpartei, stieß, die im Landsting auf Grund eines veralteten

Wahlrechts die Mehrheit bildeten. Als in der letzten Zeit eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dieser Opposition absolut unmöglich wurde, entschloß sich die Regierung zur Auflösung des Parlaments.

Das dänische Volk hat in diesen Wahlen seine Zustimmung zu der sozialdemokratischen Regierungspolitik in eindeutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Die Arbeiterschaft, die der Stauning-Regierung die Sicherung ihres Lebensstandards vor den Folgen der Weltwirtschaftskrise verdankt — die Zahl der Arbeitslosen ist in Dänemark von fast 200.000 im Winter 1932/33 auf etwa 60.000 zurückgegangen — steht zur Sozialdemokratie. Die Kommunisten haben in ganz Dänemark 24.000 Stimmen erhalten. Ihre Wähler bilden ein bedeutungsloses Häuflein neben dem wuchtigen Block der 759.000 sozialdemokratischen Stimmen.

Die oppositionelle Bauernpartei, Venstre, hatte gehofft, unter den dänischen Bauern in ihrem Kampf gegen die Agrarpolitik der sozialdemokratischen Regierung Erfolge zu erzielen. Sie sympathisierte auch mit der sogenannten LS-Bewegung, einer radikalen mit faschistischen Gedankengängen spielenden Bauernbewegung, die vor einigen Monaten den Bauernzug auf Kopenhagen in Szene setzte und dann den sogenannten Valutastreik prokla-

mierte. Die Spekulation der Bauernpartei ist am gesunden politischen Sinn der dänischen Bauernschaft gescheitert. Die Bauernpartei kehrt mit einem Verlust von 10 Mandaten aus dem Wahlkampf zurück.

Der politische Radikalismus hat in Dänemark keinen Boden. Das haben auch die dänischen Nazis erfahren, die ganze 16.000 Stimmen auf ihren Listen vereinigen konnten. Und selbst in den ehemals deutschen Gebieten in Süd-Jütland hält sich der Stimmenzuwachs der deutschen Nazis in bescheidenen Grenzen; er wird aufgewogen durch die Erfolge, die die Sozialdemokratie selbst in diesen Gebieten erringen konnte.

Für die demokratische und sozialistische Welt bedeutet das Bekenntnis des dänischen Volkes zu der stetigen zielbewußten Aufbauarbeit der Regierung Stauning eine große Genugtuung, und die Sozialdemokraten im Dunkel des faschistischen Deutschlands werden aus dem glänzenden Sieg der dänischen Sozialdemokraten neue Kräfte für ihren schweren Kampf um die Errichtung eines freien und demokratischen Deutschland schöpfen. Die dänische Sozialdemokratie kann mit verstärkter Kraft ihr Aufbauwerk fortsetzen; und die Welt hat die Gewißheit: der Norden bleibt unzerstörbares Bollwerk der Demokratie.

Jenseits des Rechts

Hitlers endgültige Trennung vom Völkerbund.

Seit dem 21. Oktober ist Hitlerdeutschland auch formell nicht mehr Mitglied des Völkerbundes. Mit der Miene eines ermüdeten Kavalliers hat es den Betrag seiner letzten Zeche über den Tisch geschoben: 5 Millionen Goldfrancs gleich 4 Millionen Goldmark. Nicht wenig für einen Staat, dessen Gold- und Devisenschatz 167 Millionen beträgt und die Währung mit 2,8 Prozent deckt! Doch ist es ein alter Grundsatz, daß man seine kleinen Schulden bezahlen muß, wenn man große machen will. Außerdem gibt es im Statut einen lästigen Paragraphen, wonach die Mitgliedschaft erst erlischt, wenn der Austretende alle seine Verpflichtungen erfüllt hat. Also fort mit Schaden!

Etwas fröstelnd tritt der Kavaliere in die Nachtluft. Er muß sich noch einmal selber bestätigen, daß er bei dem ganzen Handel eine tadellose Figur gemacht hat. »Es gibt in dieser Sache nur eine Stimme«, schreibt die »Deutsche Allgemeine Zeitung«, »es war richtig. Reichsminister Frick hat in seiner Saarbrückener Rede für alle Deutschen das festgestellt.« Also auch für die Herren des Auswärtigen Amtes, die sich mit der gleichen Ergebenheit von Stresemann in den Völkerbund hinein, wie — der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen! — von Hitler wieder hinausführen ließen? Selbstverständlich auch für sie, Reichsminister Frick hat für alle Deutschen festgestellt, daß es richtig war. Erhebt sich Widerspruch? Wir hören keinen!

Die einzigen Deutschen, die heute noch ein offenes und auf Kenntnis der Tatsachen begründetes Urteil abgeben können, sind die Vertriebenen, die Proskribierten, die der Gewalt des Dritten Reiches Entzückten. Sie werden sich dem Urteil des Frick nicht anschließen! Sie sehen, daß in Wirklichkeit alles ganz anders ist, als man es den Kindern des Dritten Reiches erzählt. Die Republik von Weimar war mit wenigen Soldaten nach außen besser gesichert als das Dritte Reich mit seiner ungeheuren, alle Mittel des Landes verschlingenden Heeresmacht. Deutschland war als Mitglied des Völkerbundes unvergleichlich angesehen und einflußreicher als es heute ist. Auch der Hinweis auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Völkerbundstaaten im Konflikt mit Italien zieht nicht. Deutschland ist ihnen durch seinen Austritt keineswegs entgangen: in seinem Schwanken zwischen England und Italien ist es nur ein Spiegelbild Frankreichs. Deutschland hat durch seinen Austritt nur verloren und nichts gewonnen.

Dennoch: dieser Austritt war eine im Sinne des neuen Staatsgeists konsequente Handlung. In einem Völkerbund, der auch nur einigermaßen seinen Namen verdient, kann für das Reich Hitlers kein Platz sein. Das Italien Mussolinis, das vom Völkerbund moralische und physische Kränkungen erduldet, ohne ihn deshalb gleich zu verlassen, handelt weniger konsequent, wenn auch wahrscheinlich klüger. Es will auf ein Instrument, dessen sich das Britische Weltreich und Sowjetrußland mit Vorteil bedienen, ohne letzte Not nicht verzichten. Darum hat es der unlogische

Wer ist der innere Feind

Düstere Phantasien im Sportpalast

General Fritsch, der Oberbefehlshaber des Landheeres, hat dieser Tage bei der Einweihung eines Totengedenkmales in Bremen eine Rede gehalten, die wenig beachtet worden ist, obwohl sie Aufmerksamkeit verdient. Der General, der häufig in einen Gegensatz zum Nationalsozialismus gestellt worden ist, hat in der Bremer Rede Adolf Hitler geradezu exaltiert gefeiert. Er gelobte dem Manne, der die Flamme der alten Heerestraktion mit der neuen Flamme einer wehrfröhlichen Massenbewegung vereint habe, »unvergängliche Gefühle des Gehorsams und der Treue«. Das sind Worte, die über die derzeitige Stellung des Generals und mit ihm der Reichswehr zur Person und zur Politik Hitlers keinen Zweifel zulassen. Die Wehrmacht und ihr Oberster Kriegsherr sind in dem Willen einer gewaltigen Aufrüstungspolitik auf Gedeih und Verderb verbunden.

Wenige Tage später, als die Kriegsakademie in Berlin den Gedenktag ihrer Gründung vor 125 Jahren feierte, wurde Hitler durch Blomberg als der Vollender der Lebensziele Scharnhorsts gerühmt und das »Sieg Heil!« galt dem Schöpfer des Dritten Reiches, der geeinten Nation und der neuen Wehrmacht.

Noch einen Tag später redete Dr. Göbbels im Sportpalast zu Berlin vor 15.000 SA-Leuten, die er mit Napoleons »Alter Garde« verglich. Man hätte eigentlich erwarten dürfen, daß der Propagandist des Nationalsozialismus in einer Woche so starker militärischer Ruhmreden auf den Führer und Reichskanzler sich durch einige Komplimente an die Adresse der Generale revanchiert hätte. Dies um so mehr, als in denselben Tagen die letzte zivile Konkurrenz der SA, nämlich der »Stahlhelm«, unter einem Jammerlappen Seldte endgültig liquidiert und sein Vermögen von der großen Parteilasse geschluckt wurde. Merkwürdigerweise benutzte aber

Göbbels die so naheliegende Möglichkeit einer schwungvollen Huldigung der Elnigkeit zwischen SA, SS und Partei hier und Wehrmacht dort keineswegs. Er wehrte sich vielmehr wieder einmal gegen die Forderung »gewisser Elemente«, daß diese oder jene Parteiorganisation oder gar die Partei aufgelöst werden solle. Diese »Elemente« scheinen doch nicht gerade schwach zu sein, wenn der Propagandaminister immer wieder sich öffentlich gegen sie zur Wehr setzt. Sollte es unbeabsichtigt sein, wenn Göbbels zur Begründung der Notwendigkeit des Fortbestehens der NSDAP einen Vergleich mit der Wehrmacht zieht? Er meint, auch wenn alle Deutschen soldatisch dächten, würde man doch die Wehrmacht nicht auflösen, weil man sie gegen den äußeren Feind brauche. Die Partei aber und ihre SA ständen gegen den inneren Feind, gegen den man die Soldaten nicht einsetzen wolle. Es sind doch eigentlich düstere Phantasien, die Herr Göbbels da mitten in der angeblich schönsten Volksharmonie entwickelt. Um so mehr, als er ganz zu vergessen scheint, daß auch eine gewaltige Polizeimacht im Reiche vorhanden ist, die doch eigentlich etwaiger Aufstände, die auch für den kühnsten Revolutionär am weitesten Horizont und in der größten Ferne noch nicht sichtbar sind, Herr werden müßte.

Irgend etwas stimmt da nicht. Vielleicht ist Herrn Dr. Göbbels aufgefallen, daß die Herren Generale zwar den Führer und Reichskanzler immer höher in den Olymp der militärischen Halbgötter erheben, gelegentlich auch tiefe Verbeugungen vor der »nationalsozialistischen Weltanschauung« machen, die so außerordentlich für die Wehrmacht, für deren Offiziere und deren Karriere sorgt, daß dieselben Herren Generale aber stumm bleiben, wenn es um die NSDAP, die SA und die SS und um deren Bonzokratie geht, die an-

scheinend doch von den Generalen nicht ganz voll genommen werden.

Irgend etwas stimmt da immer noch nicht. Es sind nicht unsere Sorgen, aber Herr Dr. Göbbels muß sie doch recht ernst nehmen, und man kann eigentlich nicht leugnen, daß er, wenn es um Schicksalsfragen der Nazibewegung ging, immer eine ganz gute Witterung gehabt hat. H. W.

Abschiedessen

Am 21. Oktober 1935 ist der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund effektiv geworden. Der deutsche Konsul in Genf, W. Krauel, beschloß, diesen Tag zu feiern. Er lud einige der höchsten Funktionäre des Völkerbundes zu einem Diner am 21. Oktober 1935 ein. Zu seinem Erstaunen ließen sich alle Eingeladenen höflich entschuldigen.

Der Takt der braunen Diplomatie ist nicht zu übertreffen.

Göring und Mussolini

Die Nationalzeitung in Essen, das Organ Görings, läßt die geheimen Wünsche der Hitlerpolitik erkennen. Sie richtet an Mussolini die Frage, ob nicht der Nationalsozialismus und der Faschismus sich heute über die Alpen hinweg die Hand reichen könnten.

Ueber die Alpen hinweg: das heißt über Tirol hinweg. Dieser Händedruck soll die Selbständigkeit Oesterreichs zerdrücken.

Die Nürnberger Judengesetze im Unterricht. Der Sächsische Volksbildungskommissar hat angeordnet, daß in allen Schulen die Gesetze, die für den Aufbau des nationalsozialistischen Staates erlassen werden, künftig im nationalpolitischen Unterricht behandelt werden sollen. Aus dem letzten Halbjahr werden u. a. das Reichsflagengesetz, das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (das Judengesetz) genannt.

Faschist mit dem Hinauslaufen nicht so eilig wie der konsequente Hitlerdeutsche.

Die Konsequenz soll also nicht bestritten werden. Sie ist in diesem Fall in Berlin zu Hause, nicht in Genf. Hitlerdeutschland hat richtig gemerkt, daß es in einen Völkerbund nicht gehört. Der Völkerbund hat aber bisher noch nie bemerkt, daß er Mitglieder hat, die hinausgeworfen zu werden verdienen, wie Deutschland schon vor seinem freiwilligen Austritt und Italien jetzt.

Denn Völkerbund und Faschismus, das geht ehrlicherweise nicht zusammen. Wie will man die Anwendung blutiger Gewalt zwischen den Staaten verhindern, wenn sie innerhalb der Staaten gepredigt, gepriesen und mit satanischer Lust geübt wird? Wie will man eine Rechtswelt gründen, wo ihr Grundelement, der Rechtsstaat zu existieren aufgehört hat? »Diktaturen führen immer zum Kriege«, sagt Baldwin. »Um die inneren Angelegenheiten fremder Staaten kümmern wir uns nicht«, sagt Samuel Hoare. Wer hört da nicht den gellenden Widerspruch?

Der Völkerbund ist konstruiert aus den Prinzipien der Demokratie. Er ist von jenem Wilson gegründet, der die Existenz einer »unverantwortlichen Macht« — er meinte Wilhelm II. — für unvereinbar mit einer friedlichen Völkergemeinschaft hielt. Der Völkerbund beruht auf den Prinzipien der freien Diskussion, der Verständigung unter Gleichberechtigten, der freiwilligen Übereinstimmung oder der Unterordnung unter die Mehrheit. Er wird getragen von England, Frankreich, Belgien, Holland, der Tschechoslowakei, den skandinavischen Staaten, er wird verlassen oder mißachtet von Deutschland, Italien, Oesterreich, Ungarn. Will man noch mehr Beweise dafür, daß die Demokratie das Leben des Völkerbundes ist und der Faschismus sein Tod?

Hätte Hitlerdeutschland nicht selber erkannt, daß Raubmörder nicht in den Vorstand eines Vereines zur Bekämpfung der Kriminalität gehören, so säße es heute noch im Rat.

Diese Erkenntnis spricht zwar nicht für Hitler, aber gegen den Völkerbund. Wenn der Völkerbund trotz seiner inneren Schwäche immer noch lebt und mitunter überraschende Beweise seiner Lebensfähigkeit gibt, so dankt er das nur der Kraft der Idee, auf der sein Dasein beruht. Er muß zu dieser Idee wieder zurückfinden, wenn er nicht zum Unheil der Menschheit untergehen will!

Sport mit Judentotschlag

Vor kurzem ging durch einen Teil der Presse die Nachricht, daß bei einem deutsch-polnischen Fußballmatch in Ratibor in Schlesien ein polnisch-jüdischer Spieler namens Edmund Baumgartner ermordet worden sei. Diese Nachricht wurde von den deutschen amtlichen Stellen in der entschuldigendsten Form demontiert. Jetzt hat die Warschauer Jüdische Telegraphenagentur festgestellt, daß der genannte Edmund Baumgartner tatsächlich aus Anlaß einer Sportveranstaltung in Schlesien ermordet worden ist. Allerdings waren einzelne Details der ersten Nachricht unrichtig.

Am 15. September wurde in Breslau — nicht in Ratibor — ein deutsch-polnisches Fußballmatch ausgetragen. Juden war der Zutritt zu den Tribünen streng verboten, auch spielte bei den Polen kein Jude mit. Als nach Schluß der Kampfspiele die Menge aus dem Stadion drängte, wurde das Gerücht verbreitet, daß sich doch Juden in die Zuschauerschicht eingeschlichen hätten. Passanten außerhalb des Stadions, die man für Juden hielt, wurden überfallen und blutig geschlagen. Dabei geriet eine der nationalsozialistischen Schlägerbanden auch an den jungen Edmund Baumgartner, den Sohn eines Breslauer jüdischen Bürgers, der im Weltkrieg gefallen war. Sie mißhandelten den Unglücklichen, der sich keiner »Schulde« bewußt war, da er dem Fußballkampf gar nicht beigewohnt hatte, so furchtbar, daß er kurz darauf verschied.

Daß es der Warschauer jüdischen Telegraphenagentur gelungen ist, wenn auch erst nach fünf Wochen, den wahren Tatbestand festzustellen, ist eine außerordentliche Leistung. Die deutschen Behörden hatten alles getan, um das Bekanntwerden der blutigen Ereignisse unmöglich zu machen. So waren die »Breslauer Nachrichten« sofort konfisziert worden, als sie die Nachricht brachten, daß ein Jude, der sich unter die Zuschauer im Stadion eingeschlichen hätte, gelyncht worden sei. Man will sich das große Reklamefest für den Nazismus, das im nächsten Jahr

Hugenberg und Seldte

Der Ausgang der Harzburger Front

Das Bündnis zwischen der Wehrmacht, Hitler und Schacht hat die ehemaligen Vorkämpfer der alten Reaktion schwach gemacht. Hugenberg spielt nur mehr eine leicht komische Rolle. Man hat geflüstert, er habe in Nürnberg gegen die Abschaffung von Schwarzweißrot zu opponieren gewagt. Tatsache ist, daß er nach Nürnberg ein Sanatorium aufsuchen mußte, weil er geistig völlig zusammengebrochen war. Das Deutsche Nachrichtenbüro dementiert. Aber wer gibt etwas auf diese Dementis?

Während Hugenberg die Welt nicht mehr versteht, versteht sie Seldte, der frühere Stahlhelmhüuptling, um so besser. Es hat Illusionisten gegeben, die noch zur Zeit der Auflösung des Stahlhelms diesen Menschen, der aus Heinrich Manns Roman »Der Untertan« entsprungen sein könnte, für eine politische Persönlichkeit und eine politische Kraft gehalten haben. Dieser Minister des Dritten Reiches ist nicht geistig zusammengebrochen, er stirbt nicht an gebrochenem Herzen wegen des Endes von Schwarzweißrot — er schwimmt vielmehr auf der großen Kotlache der braunen Korruption oben auf, und er hat seine Schäflein im Trockenen. Seldte ist Alleinbesitzer der »Kreuzzeitung« in Berlin. Die »Kreuzzeitung« stellt am 1. November ihr Erscheinen ein. Redaktion und Personal werden entlassen. Seldte aber hat ein Ver-

mögen damit gemacht. In seiner Hand ist das damals altkonservative Organ zu einem Korruptionsinstrument ganz besonderer Art geworden.

Der Herr Reichsarbeitsminister Seldte hat sich mit dieser Zeitung in die Aufrüstungskonjunktur eingeschaltet. Es ist in Berlin stadtbekannt, in welcher Weise er seine Reichswehrbeziehungen benutzt hat. Von nahezu allen Großfirmen, die an der Aufrüstungskonjunktur beteiligt waren, erhielt er Riesensubventionen — teils in Gestalt von Inseraten, die in keinem Verhältnis zu Leserkreis und Auflagehöhe des Blattes standen, teils in Gestalt von baren Schmiergeldern. Die besondere Nuance war dabei, daß diese Firmen die Subvention nicht freiwillig gaben, nicht um der besonderen politischen Tendenz der »Kreuzzeitung« willen, wie Naivlinge annehmen möchten, sondern unter dem Druck erpresserischer Methoden. Stahlhelmgewinnung und Schwarzweißrot waren für das Seldtesche Organ der Deckmantel für eine Geldquetsche und revolverjournalistische Methoden. In diesem Sumpf plätscherten zusammen mit dem Herrn Reichsarbeitsminister höchste Würdenträger des Dritten Reichs und hohe Offiziere herum. Es ist ein besonderes Kapitel zu dem Thema, wie die Riesenvermögen der Großwürdenträger des Dritten Reiches entstehen.

In den Kreisen des Stahlhelms sind diese Dinge seit langem bekannt. Dort hat sich ein weißglühender Haß gegen Seldte angesammelt, der nur noch eines kannte: an seinem gutbezahlten Ministeramt um jeden Preis zu kleben und mit Hilfe der »Kreuzzeitung« Geld zu machen. Man versteht nun, daß dieser Mann seine Organisation Schritt für Schritt verleugnete und preisgab, daß er mit dem ideologischen Rest dieser Organisation nichts mehr zu tun hatte. Er hat in Nürnberg dem Flaggengesetz zugestimmt. Treue zu Schwarzweißrot? Was für ein überlebter Standpunkt für einen Goldmacher des Hitlersystems! Die Gelegenheit ist günstig, die »Kreuzzeitung« als Geldpresse stillzulegen, nachdem das große Korruptionsgeschäft gemacht ist. Die naiven Leute können dabei noch glauben, daß die Stilllegung aus politischen Gründen geschehe!

Dieser Mann, dessen Korruptheit sich selbst neben Göring noch sehen lassen kann, ist eine ganz besondere Zierde des braunen Systems. Er hat gezeigt, daß ein braver Bürger den Sinn des Systems ebenso gut erfaßt hat wie die geldlosen und darum geldgierigen Abenteurer und gescheiterten Existenzen aus dem Führerkreis der NSDAP, und deshalb ist er auch heute immer noch — Reichsarbeitsminister des Dritten Reichs.

unter dem Namen einer Olympiade veranstaltet werden soll, nicht durch das Bekanntwerden der Wahrheit im Ausland verderben lassen.

In Breslau starb dieser Tage plötzlich der Großkonfektionär Dresel aus Görlitz. Dresel war von zwei Lehrjungen beschuldigt worden, sich an ihnen sittlich vergangen zu haben, er wurde deshalb wegen »Rassenschändung« angeklagt. In der Gerichtsverhandlung gestanden die Jungen, daß sie von Nazis angestiftet worden waren, eine falsche Anzeige zu erstatten. Dresel wurde freigesprochen und ging zu seiner Erholung in einen schlesischen Badeort. Dort wurde er abermals verhaftet und dann nach Breslau gebracht. Auf eine Frage seiner Frau nach dem Grund der abermaligen Verhaftung wurde jede Antwort verweigert. In Görlitz tobten inzwischen Pöbelhaufen vor dem Geschäft und zerschmetterten alle Schaufenster. Die Frau, die das Geschäft weiterführen wollte, fand bei der Polizei keinen Schutz und mußte das Geschäft schließen. Bald darauf erhielt sie die Nachricht, daß ihr Mann in der Haft gestorben sei. In Görlitz hat dieser neue Mord so große Erregung hervorgerufen, daß die Nachricht von ihm auch ins Ausland drang, obwohl die Polizei dies unter schwersten Drohungen zu verhindern versucht hatte.

Hundertmarkschein gefällig?

An der Amsterdamer Börse zahlte man am 19. Oktober 1935 für eine deutsche Banknote von 100 Reichsmark 38,50 holl. Gulden. Dies bedeutet einen Rekordtiefpunkt in der Bewertung deutscher Reichsmark-Banknoten, nachdem der Kurs schon monatelang im Sinken war. Der offizielle Wechselkurs der Mark betrug am gleichen Tag 59,35 holl. Gulden, also 20,75 mehr. Nun steht zwar der offizielle Kurs der Mark schon seit langem nur auf dem Papier. Er bietet aber den zuverlässigen Maßstab für die Entwertung der Mark im Ausland, denn er ist der Kurs der Goldmark. An ihm gemessen, werden für einen deutschen Hundertmarkschein an der Amsterdamer Börse nur noch rund 64 Goldmark bezahlt.

Die Erscheinung, ein Inflations-Symptom, hat auch sehr reale Folgen. Bisher konnte man vom Ausland nach Deutschland auf billige Reisemark fahren. Solche Reisemark (in Form eines Schecks) bekam jeder Reisende aber nur in beschränktem Umfang zugewiesen, etwa seinem Verzehr in Hotels usw. entsprechend. Er mußte sich wegen der Verwendung kontrollieren lassen. Denn es sollte verhindert werden, daß Ausländer für billige Reisemark in Deutschland Waren und Sachwerte hamsterten.

Nun kosteten 100 Reichsmark am 19. Oktober in Amsterdam 38 holl. Gulden, also nur einen halben Gulden weniger als deutsche Banknoten in Natura. Damit sind alle mit der Reichsmark verbundenen Beschränkungen illusorisch geworden. Denn statt oder neben Reichsmark kann sich der holländische

Reisende soviel deutsche Banknoten, wie er will, fast zum gleichen Kurs mitnehmen. Kauft er alsdann in Deutschland für tausend Mark Sachwerte und bezahlt sie mit in Holland geltauften Banknoten, so kosten ihn die Sachen nur 385 Gulden oder 640 Goldmark! Er kauft also alle deutschen Waren mit 36 Prozent Rabatt. Lohnt sich schon!

Bei den Reisemark konnte Schacht zum Trost den deutschen Untertanen sagen: die Kursdifferenz zahlen die ausländischen Gläubiger, deren eingefrorene Guthaben durch die Reisemark aufgetaut wurden. Die Kursdifferenz der deutschen Banknoten geht aber ausschließlich auf deutsche Kosten. Denn die jetzt im Ausland befindlichen Banknoten sind fast sämtlich aus Deutschland geflüchtetes Kapital, das die Wertverminderung in Kauf nimmt, um nur herauszukommen.

Neben Schachts Exportprämie hilft auch der niedere Banknotenkurs beim Ausverkauf der deutschen Substanz. M.

Erzwungene Lügen

In dem Anti-Seger-Buch des Sturmbannführers Schäfer über das Konzentrationslager Oranienburg sind im Anhang eine Anzahl von Anerkennungschriften abgedruckt, die die Häftlinge Herrn Schäfer angeblich freiwillig zur Verfügung gestellt haben. Freiwillig? Man muß die ganze Niederträchtigkeit der Hitler-Banditen kennen, um zu erfassen, was diese Freiwilligkeit zu bedeuten hat. Man muß endlich auch in der Auslandspresse begreifen, daß die Konzentrationshäftlinge auch nach ihrer Entlassung unter einem furchtbaren Druck stehen.

Man muß der Öffentlichkeit das System, nach dem die Gestapo arbeitet, mitteilen, um den Wert solcher durch die Nazi-Machthaber veröffentlichten Erklärungen in das richtige Licht zu rücken.

Ein in Dachau 27 Monate lang Inhaftierter erzählt aus seiner langen Erfahrung, daß man in der Auslandspresse nie Namen von Mißhandelten nennen darf, die sich noch im Lager befinden, denn das bedeutet neue, furchtbare Torturen für den Gefangenen. Steht noch gar geschrieben: »Der X. ist ungeborenen«, so benutzen das die Peiniger, um den »Ungeborenen« zu brechen.

Wird ein Gefangener über Todesfälle vernommen, und ist der Gestapomann noch so freundlich, nie darf man sagen, daß man etwas weiß. Wehe dem Wissenden, er wird dem Kommando z. B. V. zur weiteren Veranlassung überwiesen. Flötet der vernehmende Kommissar noch so lieblich: »Ach, Herr X., Sie kennen doch den Y? Wissen Sie was von seinem Tode?«, so muß der Angeredete antworten: »Ich kenne ihn flüchtig, habe nur so etwas gehört, aber genaueres weiß ich nicht.« Der sozialistische Student Kohn hatte bei seiner Vernehmung wahrheitsgemäß erklärt, daß er angeschossen worden sei. Er hatte damit sein Todesurteil unterschrieben. Nach vierzehn Tagen ruft man ihn von der Arbeit in einer Kiesgrube ab. Zwei SS-Leute

ziehen mit ihm los, nach wenigen Minuten Schüsse — und Kohn ist »auf der Flucht erschossen«.

Darum dürfen die Gefangenen und die Entlassenen, solange sie in der Macht des Dritten Reiches sind, nichts sagen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, wieder ins Konzentrationslager zu kommen oder in die Ewigkeit befördert zu werden. So müssen sie oft, unter dem eisernen Zwang, die Unwahrheit sagen — und erst wenn sie sich auf nichtdeutschem Boden gerettet haben, löst sich ihre Zunge, und das furchtbare Erlebte, all das Grauen wird berichtet. Daher sind alle Berichte, mit denen sich das Hitlerregime salivieren will, keinen Pfifferling wert!

Wie's gemacht wird . . .

Kommt da zu einem Priester in Westdeutschland der Briefträger und liefert eine Sendung ab. Der Geistliche öffnet das Päckchen sofort und siehe da . . . kommunistische Schriften und Propagandamaterial! Der Geistliche durchschaut die Sache sofort und eilt dem Briefträger nach, den er höflichst bat, nochmal zurückzukommen. In Anwesenheit des Postbeamten rief er sodann einen Polizeimann vom Polizeirevier herbei und übergab diesem die Postsendung. Der Postbeamte mußte bezeugen, daß er die Sendung soeben gebracht hatte . . . Soweit war also alles in Ordnung . . .

Nach ganz kurzer Zeit, — uns wurde gemeldet nach »Verlauf von etwa 15 Minuten« wünschte man denselben Geistlichen zu sprechen — Gestapo stand vor ihm! Zweck des Besuchs: Hausdurchsuchung! Der Geistliche war aber infolge seiner gezeigten Geistesgegenwart in der Lage, der »Geheimen« lächelnd erklären zu können: »Meine Herren, sie kommen etwas zu spät. Was sie suchen, liegt bereits bei der Polizei!«

Die Herren erkannten, daß sie hier jemanden gefunden, der die Machenschaften ihrer Auftraggeber rechtzeitig durchschaut hatte, — und zogen ab . . .

Wer dem Priester das Material zugewandt hatte, ist nicht schwer zu erraten. Der Presse ist eine Meldung über den sich mit dem Kommunismus verbrüdernden politischen Katholizismus entgangen und dem Gefängnis einatmeten ein Schutzhäftling . . .

Grabschänder Göbbels

Göbbels hat angeordnet, daß von den Ehrentafeln für die im Weltkrieg Gefallenen die Namen der jüdischen Kriegsoffer ausgeißelt werden.

Göbbels hat den Weltkrieg als Student an deutschen Universitäten erlebt. Seine jüdischen Kommilitonen sind gefallen. Göbbels ruft ihnen ins Grab nach: »Es war eine Gemeinheit, daß ihr gefallen seid, ich mache euer Opfer rückgängig.«

Andere Völker beugen sich vor den Opfern des Weltkrieges. Sie haben die Idee des unbekanntenen Soldaten, das braune System dagegen die Idee des Parteibuchpatriotismus.

Deutsche Streiflichter

Starke Angriffe, schwache Verteidigung

Wie wir dem gläubigsten deutschen Blatte entnehmen, der »Frankfurter Zeitung«, deren Chefredakteur Kircher zu Jesus Christus und zu Adolf Hitler mit der gleichen Inbrunst betet, steht der Artikel des Parteiprogramms »unverrückbar fest: der Nationalsozialismus bekennt sich zum positiven Christentum. Nicht nur das; er predigt schon in den Kirchen. So Baldur von Schirach bei der Gebietsführertagung der Hitlerjugend im Dom zu Braunschweig. Dort hat er einen neuen Heiligen des nationalsozialistischen positiven Christentums ausgerufen, den erklärten Atheisten Friedrich II. von Preußen. Er ist nach der Theologie des Baldur von Schirach ein Gottgesandter wie Adolf Hitler, ein Zeuge der Offenbarung einer Religiosität der Tat.

Mit einer Zielsicherheit, der die katholische Kirche bei ihrer jetzigen Führung bisher keinen gleichwertigen Widerstand entgegenzusetzen vermag, greift der Nationalsozialismus die konfessionelle Jugend an. Er überläßt der katholischen Kirche die ältere Generation, deren Gebetsübungen ihn nicht stören, aber er bricht, und zwar mit unlegbarem Erfolg, in die katholischen Jugendvereine ein. Triumphierend meldet der Regierungspräsident von Niederbayern, daß keine Beamtenfamilie mehr Kinder in konfessionellen Jugendvereinen habe. In dem erzkatholischen Trier sind 85 v. H. der Burschen und Mädels von den Hitlerorganisationen erfaßt, und zwar unter einem katholischen Regierungspräsidenten, der noch vom Zentrum auf seinen Posten gebracht worden ist. Der Landeshandwerksmeister Gerner in Hessen fordert auf, nur noch Hitlerjungen als Lehrlinge anzunehmen. So verschärft sich der Terror von Tag zu Tag, und die Zahl der katholischen Eltern, die ihm zu trotzen wagen, wird geringer. Schon deshalb, weil sie nicht die nötige Energie des Widerstandes in der Kirchenführung spüren.

Der Bischof von Meissen wurde verhaftet. Man berichtet von Erbitterung im Katholizismus. Schön. Aber wo ist im Inlande oder auch nur im Auslande, wo doch Katholikenführer frei reden könnten, auch nur ein lauter Protest? Man duckt sich, und es scheint fast, als fürchtete man weitere staatliche Zugriffe in die bischöflichen Palais und deren Generalvikariate. Es wäre ja auch sonderbar, wenn die Generalstaatsanwälte nicht gewisse Zusammenhänge zwischen den »Devisenschleubengern« unten und bestimmten Verantwortlichkeiten oben feststellen könnten, sofern sie es für notwendig halten. Während die katholische Kirche schweigt, trägt die nationalsozialistische Demagogie ihre Angriffe immer weiter vor. Planmäßig wird in Presse und Versammlungen damit gearbeitet, daß die Pfarrer, Mönche und Nonnen sehr wohl persönliche Vorteile von den Devisenschleubengern gehabt hätten. Mit den gewonnenen Summen seien luxuriöse Ordenshäuser gebaut worden, in denen die Brüder und Schwestern bei allen Komfort ein recht behagliches Leben führten. Man rechnet damit, daß diese Agitation nur die engsten katholischen Glaubensscharen, die auf höchstens ein Sechstel der deutschen Bevölkerung geschätzt werden, abstoße, bei der großen Volksmehrheit aber antiklerikale Empfindungen auslöse.

Die katholischen Kirchenfürsten geben jetzt auch die katholische Tagespresse preis. Man beschränkt sich darauf für die wöchentlich erscheinenden Kirchenblätter zu werben. So schreibt der Bischof Bornwasser in Trier gelegentlich einer Werboaktion für das »Bistumsblatt«: »Es ist bekannt, daß wir keine katholische Tagespresse mehr haben. Die Behandlung religiöser Fragen hat nach staatlicher Vorschrift in den Tageszeitungen zu unterbleiben.«

Auch der Aufforderung in diesem Jahre zugunsten des Partei-Winterhilfswerks auf eigene Caritas-Sammlungen zu verzichten, hat sich die katholische Kirche gefügt.

Das sind Zeichen der Schwäche, die von den besten deutschen Katholiken drinnen und draußen auch so empfunden werden. Der dauernde kirchliche Rückzug wirkt umso peinlicher, als viele und nicht gerade böswillige Beobachter ihn auch damit in Verbindung bringen, daß die Kirche nicht auf die staatlichen Zuschüsse von vielen Millionen Reichsmark verzichten wolle. Die Bischöfe scheinen die alte Wahrheit des Satzes zu verkennen, daß es gefährlich ist, in großen Dingen klug sein zu wollen.

Weniger Fett - mehr Schnaps

In der Hungerblockade, die von der nationalsozialistischen Regierung über das deutsche Volk verhängt worden ist, kehren allmählich die Propagandamethoden aus der

Die Situation auf dem deutschen Lebensmittelmarkt bleibt im wesentlichen unverändert, die Knappheit an Margarine, Fett, Butter, Speck und Schweinefleisch hat sich trotz aller angekündigten Maßnahmen eher noch etwas verstärkt.

In den Reden, die die Hitler und Göbbels in letzter Zeit gehalten haben, wird dabei ein neuer Ton angeschlagen. Man spricht mit besonderem Nachdruck von der angeblichen Raumnöte des deutschen Volkes, von den fehlenden Kolonien. Es scheint, daß die Diktatur die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von dem Zusammenbruch ihrer Wirtschaftspolitik nach außen ablenken und das Ausland für die von ihr verschuldete Not verantwortlich machen will. Man weiß, daß die großkapitalistischen Kreise und als ihr Wortführer Herr Schacht immer wieder die Forderung nach Kolonien erhoben haben, während Hitler die Bekriegung des Bolschewismus und die Eroberung der Siedlungsgebiete im Osten als nächstes Ziel seiner Außenpolitik proklamiert hat. Jetzt scheinen aber auch bei den Nationalsozialisten die Kolonialforderungen in den Vordergrund zu treten und kürzlich hat der General v. Epp sogar in offener Polemik gegen die Pläne Rosenbergs, die Ausdehnung im Osten zu suchen, die Erwerbung von Kolonien als das wichtigste Ziel der Außenpolitik bezeichnet.

So muß den Nationalsozialisten alles zum Besten dienen. Zunächst erzeugen sie eine Lebensmittelknappheit, indem sie sämtliche zur Verfügung stehenden Devisen für die Einfuhr der Kriegserohstoffe verbrauchen, und dann benutzen sie die Not, den der riesige Umfang und das wahnsinnige Tempo der Aufrüstung erzeugt hat, um die Kriegsziele des Imperialismus als ein elementares Volksbedürfnis darzustellen. Ihr Malheur bei dieser Argumentation ist freilich, daß Butter, Schmalz, Fleisch und Speck ja nicht aus den Kolonien bezogen worden sind, sondern aus Ländern wie Holland, Dänemark, oder den Vereinigten Staaten u. a., und daß die Lebensmittelknappheit erst eingetreten ist, nicht weil Deutschland nicht mehr Südafrika und Kamerun besitzt, sondern weil Herr Darré mit seiner Autarkiepolitik und Hitler mit seiner Rüstungspolitik die Selbstblockade über Deutschland verhängt haben.

Vorläufig sieht es nicht so aus, als ob diese Selbstblockade so bald beseitigt wer-

Kriegsblockade Deutschlands wieder. Den absolut auf Fett versessenen deutschen Hausfrauen wird erzählt, daß sie froh sein können, an Hitlers Fleischtopfen zu sitzen. In Holland, in England, in Amerika, überall in der Welt sei es viel schlimmer. Sogar das friedliche Luxemburg wurde in der deutschen Presse des Fettmangels bezichtigt, obwohl, wie die Luxemburgischen Zeitungen in der Abwehr gegen das »Greuelmärchen« schrieben, die dortigen Bauern froh wären, ihren Ueberfluß an Schweinen absetzen zu können. Der Ministerpräsident Göring hat in Weissenfels die Meckerer mit der Behauptung zurecht gewiesen: »Früher haben Millionen unserer Volksgenossen überhaupt nichts zu essen gehabt; sie führten also in der verruchten Systemzeit von der Luft gelebt haben. Die Gaupropagandaleiter versuchen statistisch zu kommen. Einer namens Toni Winkelkemper vergleicht in der Nazipresse die Preise von 1929 mit den jetzigen, freilich ohne dabei auch die Löhne zu berücksichtigen. Er lügt die armen Leute an, im Jahre 1929 habe das Pfund Butter M 2.80 gekostet, was aber damals nur für das Kilo zugetroffen hat. Er rühmt die Senkung der Lebensmitteleinfuhr von 4 Milliarden auf 1,1 Milliarden, verschweigt aber, daß inzwischen Deutschlands gesamter Außenhandel auf ein Drittel des Umfangs in der »marxistischen« Zeit gesunken und gerade deshalb die Ergänzung der deutschen Nahrungsmittelproduktion aus dem Auslande nicht mehr möglich ist.

Wäre das deutsche Volk im Reden frei, so würde es diesen Predigern ihre eigenen Lohnstatistiken vorhalten, die zugeben (Statistiken der Sozialversicherungszweige für 1934), daß die Gehaltsklassen der Arbeiter und Angestellten seit dem Jahre 1929 um fast 50 v. H. nach unten gerutscht sind. Aber auch ohne Kenntnis der Statistiken werden allmählich die Arbeiter und ihre Frauen aus dem Vergleich zwischen dem Inhalt der Lohnlütten und den Einkaufspreisen den Schwindel durchschauen.

Übrigens sollte man den Aufschwung

Fleischnot in Deutschland

den könnte. Nach kurzem Zögern hat sich Darré entschlossen, das bisherige System trotz aller üblen Folgen aufrecht zu erhalten, ja in gewisser Hinsicht zu verstärken. Da trotz aller »Ernährungsschlachten« und aller Preissteigerungen die landwirtschaftliche Produktion unzureichend bleibt, da es Darré sogar gelungen ist, den Schweineüberfluß, der während der vierzehn Jahre Schmach wiederholt zu verzeichnen war, in einen akuten Schweinemangel zu verwandeln, soll jetzt die — Nachfrage allgemein zwangsweise eingeschränkt werden. Ende September wurden für jeden einzelnen Schlächter die Schlachtungen und der Fleischumsatz auf 80 Prozent und neuerdings auf 70 Prozent der Vorjahrsziffer begrenzt. Diese Begrenzung soll die Höchstpreissetzungen sichern. Es hatte nämlich ein Wettlauf der Schlächter um das Schweineangebot bei den Bauern eingesetzt. Wie im Vorjahre während der Dürre die Futtermittel, so wurden jetzt die Schweine nur gleichzeitig mit anderen mehr oder minder geringwertigen Gegenständen abgegeben. Indem jetzt die Nachfrage so radikal eingeschränkt wird, hofft man diese neuesten »Koppelgeschäfte« zu unterbinden. Außerdem hat man in allen Orten mit Großviehmärkten den Ankauf außerhalb der Viehmärkte untersagt, wodurch das Direktgeschäft zwischen Landwirten und Fleischern, das bisher etwa die Hälfte der Schweineumsätze umfaßte, für die Großstädte unmöglich geworden ist. Aber auch die Fleischer in den übrigen Orten dürfen Ankäufe nur tätigen unter Vorlage von Schlachtscheinen, die ihnen in der Höhe ihres Kontingents zugeteilt werden.

Auch die Preisregelung erfährt eine Aenderung. Bisher waren Höchstpreise festgesetzt, die für die besten Qualitäten galten; seit dem Auftreten der Knappheit gab es aber in der Praxis keine Qualitätsdifferenzen mehr. Butter jeder Art war z. B. nur noch zu dem Spitzenpreis von 1.60 Mk. zu haben. Dasselbe galt für Schweine, die ebenfalls ohne Unterschied der Qualität nur noch zum Höchstpreis zu haben waren. Auf die Dauer müßte das dazu führen, daß die Bauern ihre Erzeugung auf die Herstellung geringer Qualitäten und knappster Gewichte beschränken. Deshalb werden jetzt die Preise gestaffelt und erhalten den Charakter von Festpreisen. Dabei wird der Preis für die schwereren Schwe-

ne noch etwas erhöht, während die Preise für die geringwertigeren Klassen um bis zu 3 Mark je Zentner unter den Höchstpreis von 50—55 Mark herabgesetzt werden. Durch diese Vergrößerung der Spanne will man einen Anreiz zur stärkeren Ausmästung der Tiere geben, um so auch das Fettangebot zu vergrößern.

Es handelt sich also um eine Verschärfung der Zwangswirtschaft und trotz aller schönen Redensarten wird ihre nächste Wirkung eine Verringerung der Schlachtungen, also eine Verringerung des Fleischangebots sein. Und es ist nicht einzusehen, wann dieser Zustand ein Ende finden soll. Denn was die deutsche Agrarwirtschaft in Wirklichkeit braucht, ist nicht die Steigerung des Zwanges, sondern umgekehrt größere Marktfreiheit. Die Fleisch- und Fettknappheit würde sofort verschwinden, wenn den Bauern ausreichende Mengen Futtermittel zu vernünftigen Preisen zur Verfügung ständen, wie das während der Jahre der Schmach immer der Fall war. Billige Futtermittel und billige Getreidepreise widersprechen aber den Verkaufsinteressen der Großgrundbesitzer und der Großbauern. Die Nationalsozialisten ziehen es vor, diese Interessen zu schützen, ohne Rücksicht auf die Konsumenten und auf die kleinbäuerlichen Produzenten.

Dabei handelt es sich um eine Schraube ohne Ende. Augenblicklich ist die Versorgung mit Rindfleisch noch ausreichend, wie es der Saison entspricht. Aber im Laufe des Winters dürften auch hier Verknappungserscheinungen auftreten und die Preise für Kälber, Hammel und Geflügel sind bereits in den letzten Wochen deutlich gestiegen. Da Darré aber bei seinem System verharrt, bleibt die Aussicht auf eine gründliche und dauernde Beseitigung der »vorübergehenden Erscheinung« sehr gering.

Bleibe die andere Möglichkeit der Milderung der Lebensmittelknappheit durch Vermehrung der Einfuhr. Einige Maßnahmen in dieser Beziehung sind ja auch angekündigt worden. Aber die Entwicklung des Außenhandels zeigt, welche engen Grenzen einer Einfuhrsteigerung gesetzt sind. Schachts »Neuer Plan« hat bisher nur bewirkt, daß die Passivität der Außenhandelsbilanz eingeschränkt, Einfuhr und Ausfuhr ungefähr im Gleichgewicht gehalten werden. Auch im September ergab die Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuß von 55 Millionen Mark, um 5 Millionen mehr als im Vormonat. In den bisherigen neun Monaten ist der Ueber-schuß der Einfuhr bis auf einen Rest von 32 Millionen abgebaut. Aber diese Verminderung der Passivität konnte nicht durch Steigerung der Ausfuhr, sondern nur durch Drosselung der Einfuhr bewirkt werden. In den neun Monaten, von Januar bis September, betrug die Ausfuhr 3062 Millionen gegen 3091 Millionen der Vorjahrszeit, also wenig verändert. Dagegen war die Einfuhr mit 3400 Millionen Mark gegen 3359 um 8 Prozent niedriger als im Vorjahr. Es zeigt sich, daß die Steigerung der Ausfuhr auch durch die staatlichen Exportzuschüsse nicht wesentlich gefördert werden konnte. Von dem Betrag der Ausfuhr hängt aber gegenwärtig völlig die Möglichkeit der Einfuhr ab. Es ist bezeichnend, daß eine gewisse Erhöhung der Lebensmitteleinfuhr im September um 5 Millionen sogleich durch eine Verminderung der Rohstoffeinfuhr um den gleichen Betrag ausgeglichen werden mußte, während der letzte Reichsbankausweis, der einen Goldverlust von annähernd zehn Millionen zeigt, beweist, daß die Lebensmitteleinfuhr im Oktober durch direkte Hergabe von Gold befriedigt werden mußte. Dabei sind die Aussichten für die weitere Entwicklung der Ausfuhr wenig günstig. Die im Herbst übliche Belebung ist nur schwach zum Ausdruck gekommen. Belief sich die Ausfuhrsteigerung von August bis September in den beiden Vorjahren auf zirka 5 Prozent, so betrug sie diesmal nur 1,5 Prozent. Dabei entfiel die geringfügige Zunahme ausschließlich auf die Gruppe Rohstoffe, während die Fertigwarenausfuhr in Gegensatz zur Entwicklung in den Vorjahren sogar etwas abgenommen hat. So ist denn auch von der Außenhandelsseite her eine wesentliche Erleichterung für die Lebensmittelversorgung Deutschlands nicht zu erwarten.

Dr. Richard Kern.

eines Produktionszweiges, der keineswegs der Rüstungsindustrie dient, nicht übersehen: Der Branntweinabsatz ist im letzten Vierteljahr um 100.000 Hektoliter von 1,03 auf 1,13 Millionen Hektoliter gestiegen, und zwar handelt es sich bei dieser Zunahme fast nur um Trinkbranntwein.

Es ist die alte Erfahrung: wo das Elend zunimmt, breitet sich der Fusel aus. Der Schnaps dringt in Deutschland vor, weil die Arbeiterkultur zurückgeht.

Hannes Wink.

Austrittung. Wie die »Frankfurter Zeitung« mitteilt, sind an sämtliche arische Firmen Deutschlands offiziell Weisungen ergangen, ihre sämtlichen jüdischen Angestellten und Vertreter bis spätestens 31. Dezember d. J. zu entlassen. Das Pressedepartement der Deutschen Arbeitsfront in Bremen unterstreicht in einer Erklärung diese offizielle Weisung und führt dann aus, die Arbeitsfront erachte es als ihre Pflicht, darauf zu sehen, daß in Zukunft keine arische Firma die Möglichkeit haben soll, jüdische Vertreter mittels Tarnung zu beschäftigen.

Geschichten ohne Worte



(Aus dem »Populaire«, Paris.)

Diktatur der Generaldirektoren

Eine Industrie sackt ab

In dem von Gottfried Feder verfaßten Programm der NSDAP heißt es unter Punkt 13:

»Riesensbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden verstaatlicht.«

Zur Begründung wird gesagt:

»Syndikate und Trusts dienen in erster Linie der Absicht, in irgendeinem Produktionsgebiet einen Zusammenschluß gleicher Betriebe zum Zwecke des Preisdikts zu erreichen. Nicht das Bestreben, beste und billige Güter zu liefern, ist vorherrschend, sondern Güte, Menge und Preis der Ware den Verbrauchern vorzuschreiben.«

Die »Reform«, die das Dritte Reich vorhat und deren Grundlinien jüngst verkündet worden sind, steht zu diesem Programm im stärksten Gegensatz. Die Monopolmacht der Konzerne wird nicht geschwächt, sondern in ungeheurer Maße verstärkt, die öffentliche Kontrolle der Verfügung über fremdes Kapital zugunsten der privaten Verfügungsgewalt einiger weniger Konzernmagnaten auf ein Nichts reduziert.

Die Aktie unterscheidet von jeder anderen Art der Kapitalbeschaffung das Fehlen jeder Haftung für ihren Besitzer, den Aktionär. Dieses Manko der Aktie ist zugleich ihr Vorzug, weil die Abwesenheit jeglicher finanzieller Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und ihren Gläubigern die Aktie zu einer Ware macht, die ihr Besitzer jederzeit versilbern kann. Mit der Einführung der Aktie und in dem Maße ihrer Anwendung wird der Kreis der Leute, die Geld zum Kauf industrieller Anlagen hergeben können, weit über den Kreis derer hinaus erweitert, die es sich leisten können, ihr Kapital für lange Zeit zu entbehren und mit der Kapitalhergabe auch das Kapitalrisiko auf sich zu nehmen. Mit der Gründung einer Aktiengesellschaft appellieren die Gründer nicht an einzelne Geldkapitalisten, sondern an den Geldmarkt, »an alles, was Geld hat«. Mit der Erleichterung der Kapitalbeschaffung kann der Umfang des Betriebes wachsen. Seine Größe ist vom Stand der Technik, nicht mehr von der Kapitalkraft einzelner Kapitalisten abhängig. Die Einrichtung der Aktiengesellschaft erst macht die Bahn für die Entwicklung der Industrie zur modernen Großindustrie frei. Für die Schulden der Aktiengesellschaft haftet nicht der Aktionär, sondern die Aktiengesellschaft selbst, keine lebende Person, sondern eine juristische Konstruktion. Gerade weil das Kapital der Aktiengesellschaft rechtlich keinen Eigentümer hat, kann es zur Beute derer werden, die sich seiner zu bemächtigen gewillt sind. Daher hatte der Gesetzgeber das Geschäftsgebahren der Aktiengesellschaft rechtlichen Vorschriften und damit öffentlicher Aufsicht unterworfen. Da das Stimmrecht nicht nach der Zahl der Aktionäre, sondern nach der Zahl der in der Generalversammlung vertretenen Aktien ausgeübt wird, wird die Mehrheit der Aktionäre regelmäßig von der Mehrheit der Großaktionäre vergewaltigt, die dadurch mit fremdem Kapital schalten können, als wäre es ihr eigenes. Das Aktienrecht, das den Aktionär schützen sollte, wird also vom Großkapital verwendet, um ihn schutzlos zu machen.

Die Inflation hat in Deutschland als gewaltiger Antrieb zur Machtansammlung auf dem Wege des Ankaufs von Aktienmehrheiten gewirkt, als ein Mittel, mit einem Mindestmaß des Aufwands von eigenem Kapital ein Höchstmaß fremden Kapitals zu beherrschen. Durch rücksichtslose Ausnutzung der Aktienmehrheit in Gestalt von Mehrstimmrechten, Vorzugsaktien usw., alles unterschiedliche Methode der Enteignung von Minderheitsaktionären, entstanden Königreiche der Inflation, gewaltige Zusammenballungen zugleich industrieller und finanzieller Macht. Das Aktienrecht enthält nicht nur ein Recht der Aktionäre zur Mitbestimmung, das in der Zeit der Ausbreitung des Konzernwesens in sein Gegenteil umgeschlagen ist, sondern auch eine Pflicht zur Veröffentlichung von Jahresabschluss und Jahresbericht, also zu einer Art öffentlicher Rechnungslegung, die als Handhabe der öffentlichen Kontrolle dienen kann. Wichtiger als der Schutz der Aktionärminorität vor der Enteignung durch die Großaktionäre ist der Schutz der Allgemeinheit vor den Folgen des Mißbrauchs der Konzernmacht. Mit der Größe ihres Machtbereichs wächst der öffentliche Charakter der Konzerne als Zentren privater Machtausübung, damit gleichzeitig die Verschachtelung und mit ihr die Möglichkeit der Verschleierung, die die gesetzliche Pflicht zur Veröffentlichung aus einem Mittel der öffentlichen Kontrolle zum Betrug an der Öffentlichkeit macht. Die massenhafte Verfügung über fremde Gelder wächst sich aus zu ihrer Verschwendung und zu einem System des Raubes. Gerade in der Zeit der größten Massen-

arbeitslosigkeit häufen sich die Konzernskandale. Die Fülle Favag, Patzenhofer, Karstadt, Nordwolle sind noch in aller Erinnerung. Die gigantische Pleite des Nordwollekonzerns hat den großen Bankrott von 1931 wenn nicht verursacht, so doch ausgelöst, der unendliches Elend über Proletariat und Mittelschichten heraufbeschworen hat und ohne den es die Massenverzwelgung nicht gäbe, die Hitler die Anhänger zugetrieben hat, ohne den er nicht die Macht erreicht hätte.

Die gesetzlichen Vorschriften waren also nach dem Ausspruch des bedeutenden Aktienrechtsspezialisten Prof. Geller »durch die wirtschaftliche Entwicklung so sehr überholt und antiquiert, daß sie ihre Gegenwartsbedeutung fast ganz verloren hatten«. Die »Spannung zwischen geschriebenem Recht und wirklichem Rechtszustand« hatte eine Kommission des Juristentages veranlaßt, sich mit der Frage der Reform des Aktienrechts zu befassen. Der Enqueteausschuß des Reichstages hat durch Befragung von Konzernleitern, Fachjuristen usw. reiches Material zur Behandlung dieser Frage geliefert. Im Jahre 1931 sind einige Änderungen des geltenden Aktienrechts im Sinne des Aktionärschutzes durchgeführt worden. Im Dritten Reich ist ein Ausschuß für Aktienrecht der Akademie für Deutsches Recht eingesetzt worden, der vor einigen Monaten seinen Bericht erstattet hat. Vor einigen Wochen hat der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Schlegelberger, in einem in Hamburg gehaltenen Vortrag der Welt kundgetan, wie das Dritte Reich das Aktienrecht zu reformieren gedenkt. War man vor Hitler dahin einig, daß Öffentlichkeit und Minderheit eines Rechtsschutzes bedürfen, und geteilter Meinung nur über das Ausmaß des Schutzes, so »reformiert« das Dritte Reich in genau umgekehrter Richtung. Der Schutz, der bisher schon vorhanden war, wird nicht ausgebaut, sondern beseitigt, der Mißbrauch der Konzernmacht nicht eingedämmt, sondern gesetzlich verankert. Man nennt das die Uebertragung des Führerprinzips im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung auf das Verhältnis vom Generaldirektor zur Gefolgschaft seiner Aktionäre. Schlegelberger hat ausdrücklich verkündet, die Hauptversammlung würde nach dem neuen Recht »ein abgesetzter König« sein. Damit wird das bisherige rechtliche Verhältnis von Verwaltung und Generalversammlung direkt auf den Kopf gestellt. Nicht mehr bei der Generalversammlung ruht die Herrschaft der Gesellschaft, sondern allein beim Vorstand. Der Generaldirektor, der zum Führer der Gesellschaft ernannt wird, diktiert nicht nur selbstherrlich die Geschäftsführung, sondern kontrolliert auch höchstpersönlich sich selbst. Der Aktionär, dem in der Regel der Einblick in die Geschäfte der Gesellschaft fehlt, war, wenn er in der Generalversammlung auftreten wollte, auf die Auskünfte des Vorstandes angewiesen. Es bestand deshalb für diesen eine Pflicht, nicht nur auf Verlangen Auskunft zu geben, sondern von selbst die erforderlichen Mitteilungen zu machen und Rechenschaft abzulegen. Jetzt soll es im Ermessen des »Führers« liegen, die Auskunft zu verweigern, wenn »der gemeine Nutzen von Volk und Reich es erfordert«. Ob das der Fall ist, entscheidet selbstverständlich der »Führer« selbst. Damit ist nicht nur die Kontrollmöglichkeit für die Aktionäre, sondern auch für die Öffentlichkeit beseitigt. Das wichtigste Recht der Generalversammlung bestand in der Genehmigung von Jahresbilanz und Gewinnverteilung. Damit bekam der Aktionär einen gewissen Einfluß auf die Höhe seines Anteils am Gewinn und die Verwendung des eingezahlten Kapitals. Die Entscheidung über Bilanz und Gewinnverteilung hat in Zukunft nur noch der Vorstand. Die Hauptversammlung darf nur noch dem Vorstand Entlastung erteilen. Ebenso wie der Reichstag durch Hitler, wird also auch das Parlament der Aktionäre zur Jäsigemaschine herabgewürdigt. Der Akademieausschuß hatte vorgeschlagen, die Minorität durch Einführung des doppelten Stimmrechts für die Großaktionäre zu entmachten. Das lehnt Schlegelberger ab, und das sieht so aus, als wolle er den Mißbrauch des Mehrstimmrechts verhüten. In Wirklichkeit wird das Mehrstimmrecht überflüssig, weil es durch das »Führerstimrecht« ersetzt wird. Dem Führer, d. h. dem Vorsitzenden des Vorstandes, dem Generaldirektor, wird, nur in seiner Eigenschaft als Führer, nicht weniger als ein Fünftel des den übrigen Versammlungsteilnehmern insgesamt zustehenden Stimmrechts eingeräumt. In der Regel pflegt der Generaldirektor Besitzer von Aktien seiner Gesellschaft zu sein. Ueber-

trägt er das an ihnen haftende Stimmrecht auf andere, ihm ergebene Personen, so ist ihm die Mehrheit fast gesichert. Das genügt aber Herrn Schlegelberger nicht; er will absolut sicher gehen. Er betrachtet die Frage, wie er sich selbst ausdrückt, »nicht sentimental, sondern realpolitisch«. Damit die Generalversammlung nichts als eine Farce sei und die Diktatur des Führers absolut gesichert, wird das oft angefeindete Depotstimmrecht der Banken, also ein Stück Zinsknechtschaft, nicht beseitigt, sondern beibehalten, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, man würde sonst »eine große Anzahl verwaltungstreuer Aktien einflußlos machen und damit Zufallsmajoritäten zum Siege verhelfen«. Der Führer der Gesellschaft wird in Zukunft nicht mehr der Generalversammlung, sondern nur noch dem Aufsichtsrat gegenüber verantwortlich sein. Dieser kann den Führer zwar wählen, aber wenn er ihn gewählt hat, bleibt er für mindestens fünf Jahre unabsetzbar. Da aber die Generalversammlung, die den Aufsichtsrat wählt, vom »Führer« beherrscht wird, so ist auch der Aufsichtsrat nur eine Marionette in des Führers Hand, um so mehr, als er auf kontrollierende und begutachtende Funktionen beschränkt sein und sich der Mitverwaltung enthalten soll und als nur der Vorsitzende des Vorstandes, nicht der des Aufsichtsrates als Führer anerkannt ist.

Der Raub an den materiellen Rechten der Aktionäre macht den Eindruck, als wolle man den Kapitalbesitzern den Erwerb von Aktien verleißen und der Industrie diesen billigsten Weg der Finanzierung verbauen. Tatsächlich ist nicht mehr und nicht weniger beabsichtigt, als eine riesenhafte Umschichtung des Eigentums von den Kleineren auf die ganz Großen. Geldmangel beim Einzelhandel, Geldfülle bei der Rüstungsindustrie — darin kommt zum Ausdruck, daß die Verstärkung der Wehrhaftigkeit mit Vermehrung des Massenelends erkauft wird. An Stelle der Sparkassen und öffentlichen Versicherungsanstalten könnte die Rüstungsindustrie gezwungen werden, ihren müßigen Geldreserven zur Konsolidierung der Reichsschuld, zur Anlage in Reichsanleihe zu verwenden. Sie wird nicht nur vor dem Risiko der Schuldenwirtschaft des Dritten Reiches geschützt, sondern ihr zugleich die Möglichkeit verschafft, sich vor ihren Folgen in die Sachwerte zu retten. Deshalb wird ein an Zwang grenzender Druck auf die Aktionäre ausgeübt, sich zugunsten der Großkonzerne enteignen zu lassen. Zwar sollen die Aktionäre haftbar gemacht werden, wenn sie zum Schaden der Gesellschaft oder anderer Aktionäre handeln. Ausgeschlossen wird die Haftung aber ausdrücklich, wenn dem Wohle des Konzerns die Interessen der Konzernunternehmungen und seiner Aktionäre geopfert werden. Damit wird dem Mißbrauch der Konzernmacht, der im Falle Nordwolle so verhängnisvolle Folgen gehabt hat, gesetzlicher Vorschub geleistet. Jeder Verschachtelung und Verschleierung, jeder Bereicherung der Konzernleiter auf Kosten der Aktionäre von Konzerngesellschaften wird damit die rechtliche Sanktion erteilt. Damit wird die Beteiligung an Konzerngesellschaften so gut wie wertlos und die Besitzer solcher Aktien werden sich ihres Besitzes so schnell wie möglich zu entledigen suchen. In der gleichen Richtung liegen zwei andere »Reformen«. Das Mindestkapital von gegenwärtig 50.000 Mark soll auf 500.000 Mark erhöht werden. Wenn nicht die schwierige Umwandlung in Personengesellschaften gelingt, droht den betreffenden Unternehmungen die Auflösung, sie werden also, wie heute schon die jüdischen Firmen, gezwungen sein, sich billig von der Großindustrie aufkaufen zu lassen. Nach der Inflation ist der Mindestnennbetrag einer Aktie auf 100 Mark herabgesetzt worden, er soll jetzt wieder auf 1000 Mark heraufgesetzt werden. Die Besitzer solcher Aktien werden gleichfalls gezwungen sein, ihren Aktienbesitz loszuschlagen, bevor ihre Aktien die Gültigkeit verlieren. Es tritt also an die Stelle der Verstaatlichung der Monopole eine ungeheure Verstärkung privater Monopolmacht, an die Stelle der Förderung des Einzelunternehmers seine Ausschaltung. Die »Reform« des Aktienrechts ist nichts weiter als ein Instrument für die Großkonzerne der Rüstungsindustrie, sich für den Fall zu sichern, da die Rüstungskonjunktur abgebaut werden muß. Es wird ihnen die Möglichkeit gesichert, die Folgen der Krise, die dann ausbrechen muß, durch gesteigerte und von keiner öffentlichen Kontrolle gehemmte Ausnutzung ihrer Monopolmacht auf die große Masse des Volkes abzuwälzen.

G. A. Frey.

Wie richtig die Einschätzung der Produktionskonjunktur in zahlreichen Industriezweigen als eine nur durch staatliche Unterstützung künstlich erzwungene Belebung ist, die auch mit dem Aufhören dieser Unterstützung sofort ihr Ende findet, das wird durch die Entwicklung der deutschen Radioindustrie bestätigt.

Im Jahre 1933 und noch in der ersten Hälfte 1934 nahm diese Industrie noch einen Aufschwung. Das Propagandaministerium sorgte durch die Einführung des Volksempfängers und durch einen Druck auf bestimmte Schichten der Bevölkerung, die Radioabonnenten werden mußten, für umfangreiche Aufträge. Aber diese Hilfe konnte sich nur innerhalb einer bestimmten Frist wirksam erweisen. Nachdem sie nun abgelaufen ist, stellen sich in der Radioindustrie ernstere Schwierigkeiten ein. Sie werden noch verschärft dadurch, daß die Zahl der Rundfunkhörer jetzt nur noch langsam steigt. Da es noch immer Millionen Familien im Dritten Reich gibt, die nicht Rundfunkhörer sind, so darf man daraus schließen, daß der Nazi-funk keine Werbekraft mehr ausüben kann. Unter einem großen Teil der Rundfunkhörer herrscht schon seit langem Empörung darüber, daß sie wohl monatlich 2 Mark bezahlen müssen, daß ihnen aber dafür außer hohlen Führer- und anderen Agitationsreden und unglaublich tiefstehender Unterhaltungsmusik, bzw. Vorträge überhaupt nichts geboten wird. Wer wird da wohl noch Lust verspüren, neuer Rundfunkhörer zu werden? Es kann darauf auch kaum überraschen, wenn der »Angriff« vor einigen Tagen mitteilen mußte, daß die in der Wirtschaftsstelle der deutschen Rundfunkindustrie zusammengeschlossenen Firmen am Ende des Frühjahres 1934/35 fast 400.000 Apparate auf Lager behielten, die zwar mit Hilfe von Ausverkaufspreisen auf den Handel übertragen werden konnten, ohne daß aber der Abfluß in den Konsum bisher in großem Umfang eingesetzt habe. Dadurch sei der Industrieabsatz z. Zt. gehemmt, zumal da die Zahl der Rundfunkhörer jetzt nicht mehr die gleichen Fortschritte mache wie noch im letzten Jahre.

So ist nun jetzt, da sich auch der Absatz ins Ausland nicht heben läßt, eine der größten deutschen Rundfunkfirmen, die Dr. Georg Seibt A. G. in Berlin, insolvent geworden. Sie hat das Ausgleichsverfahren beantragt. Sie ist das erste Unternehmen, das öffentlich die Pleite bekanntgeben muß. Es ist aber kein Geheimnis, daß es um eine Reihe weiterer mittlerer und auch größerer Radiofirmen nicht besser steht. Nach einer kurzen Scheinkonjunktur ist also die deutsche Radioindustrie im Begriff, abzusacken.

Gymnastik um Brodski

Bekanntlich hat der amerikanische Richter Brodski die wegen eines Ueberfalls auf die »Bremen« Angeklagten freigesprochen und dabei ein um so schärferes Urteil über das »Dritte Reich« gefällt. Natürlich wurde Brodski in Deutschland sofort als Jude gekennzeichnet und sein Verhalten in streicherischer Manier gebrandmarkt. Der deutsche Reichsjuristenführer Minister Frank hat öffentlich bedauert, daß »diese bodenlos niederträchtige Gemeinheit eines Juden unter dem Schutze eines amerikanischen Staatsamtes geschehen konnte.«

Man hätte in der Tat Zweifel hegen können, ob es klug gewesen, wenn jüdischerseits ein solcher Angriff erfolgt wäre, der Nutzen für das Dritte Reich ist in solchen Fällen zuwelen beträchtlich. Aber diesmal haben die braunen Barbaren doch Pech gehabt. Das Washingtoner Staatsdepartement hat dem Auswärtigen Amt die Mitteilung gemacht, daß Richter Brodski kein Jude ist, vielmehr einer alteingesessenen katholischen Familie entstamme. Die Amerikaner ersuchten darum, diese Feststellung zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen, nachdem der deutsche Rundfunk sich in den Dienst der Verbreitung der Frankschen Behauptungen gestellt hatte. Welch ein Dilemma! Wie halfen sich die Herren? Sie haben die Mitteilung gebracht, aber weder wurde die Presse dazu in Anspruch genommen, noch erfolgte sie im eigentlichen Nachrichtendienst des Rundfunks. Kleinlaut wurde stattdessen im Anschluß an die Gymnastikstunde des Berliner Rundfunks das Gegenteil der großsprecherischen Behauptungen voraufgegangener Tage mitgeteilt: Brodski ist kein Jude!

Nach der Gymnastikstunde! Sie biegen, winden und drehen sich, ballen die Faust und beugen das Recht. In den Verleumdungen sind sie viel lauter und gründlicher. Die werden zwar auch, aber doch nicht ausschließlich in der Gymnastikstunde gemacht.

Die erneuerte Frau

Vor den deutschen Fleisch- und Milchläden fällt in diesen Tagen manch kräftig Wörtlein. Viele der Frauen, die dort um ein Viertelpfund Butter, um ein Achtelchen Speck wie anno 1917 Schlange stehen, berufen sich darauf, daß sie dem Dritten Reiche einstmals Geburtshilfe geleistet, daß sie den neuen Staat mit ihren Stimmzetteln aus der Taufe gehoben haben und leiten daraus das Recht ab, an ihrem Ziehkind unverhüllt Kritik zu üben. Die üblichen Einschüchterungsversuche der braunen Knüppelgardien wollen nicht ziehen, denn hier kämpfen die Frauen auf ihrem uraltesten Gebiet, das ihnen von den neuen Machthabern nochmals ausdrücklich zugewiesen wurde, hier kennen sie jeden Stein des Anstoßes, während die SA-Männer und Polizisten auf Schritt und Tritt straucheln. Die haben bereits begriffen, daß mit Drohungen wenig auszurichten ist und versuchen es oft mit Zureden, aber die Frauen weisen ihnen nach, daß man aus nichts keine Suppe kochen kann. Die Beschwichtigungskolonnen rufen, wie Meister Göbbels es befahl, zur »Verbraucherdisziplin« auf, aber sie können die Frage nicht beantworten, mit was man braten soll, wenn es kein Fett gibt. Vor dem Mikrophon läßt sich's besser predigen als vor einem leeren Buttergeschäft.

Aber die Frauen haben noch andere Klagen vorzubringen. Die Jungen werden in der Hitlerjugend, die Mädchen beim BDM verdorben und entziehen sich immer mehr dem Einfluß des Elternhauses. Dieses Thema ist von uns des öfteren behandelt worden, wir können auf Einzelheiten verzichten. Jedenfalls ist die Verärgerung der Hausfrauen und Mütter gegenwärtig am deutlichsten fühlbar. Damit soll jedoch keineswegs gesagt sein, daß andere Kreise der weiblichen Bevölkerung weniger aufgebracht wären. Wenn die deutsche Arbeitslosenstatistik kritisiert wird, fehlt unter den angeführten Fehlerquellen häufig ein wichtiges Argument: die Arbeitslosigkeit jener Frauen, die unter den Arbeitssuchenden nicht mehr geführt werden und auch sonst in keiner Liste stehen. Ihre Zahl ist nicht gering. Zum Teil wagen sie nicht, sich bei den Aemtern zu melden, weil sie fürchten müssen, »in Landarbeit« abgeschoben und so zu einer Tätigkeit gezwungen zu werden, die sie nicht gelernt haben und von der sie sich, abgesehen von der schändlichen Entlohnung, keine Befriedigung versprechen. Zum Teil ist ihnen kurzerhand bedeutet worden, daß sie entweder den Eltern auf der Tasche liegen oder heiraten oder eine Stelle als Haus-tochter (»schlicht um schlicht«, das heißt ohne Bezahlung) annehmen müssen. Wenn sich in der letzten Zeit die Selbstmorde junger Mädchen mehren — wir erinnern nur an das Schicksal der Berliner Haustöchter Erika Sucker und Hedwig Krott, deren Verzweiflungstat unlängst in Deutschland Aufsehen erregte — so braucht man nicht lange nach Gründen zu suchen. Die beruflichen Aussichten sind gleich null, und die Flucht in eine unfreiwillige Ehe, in eine Zweckheirat erscheint vielen Frauen ebenso unerträglich wie das Los der »alten Jungfer«. Dieser Begriff — man glaubte ihn schon überwunden — ist übrigens von dem Gauwaller der Arbeitsfront, Duschön, soeben neu belebt worden. Duschön verkündete bei einem Jugendbetriebsappell in Königsberg, »man habe kein Interesse daran, daß die Frau als alte Jungfer im Betrieb sterbe«. Vielleicht ist das der Grund, warum man die Frauen in Scharen aus den Betrieben hinauswirft. Wenn schon alte Jungfer, dann zur Strafe ohne Beruf.

Man höre, in welchem Ton sich der Gaufachgruppenwaller für Gaststätten in Thüringen gegen weibliche Bedienung wendet. Er schimpft in einem Aufruf:

»Für das ganze Land Thüringen kann gesagt werden, daß die weibliche Bedienung keine übliche Sitte ist und auch nicht werden darf. An dieser Tatsache ändert auch der Umstand nichts, daß in Ost- und Südthüringen noch sehr viele Lokale vorhanden sind, die weibliches Personal beschäftigen. Die Nähe Sachsens, wo die weiblichen Bedienungskräfte leider noch sehr stark vertreten sind, bringt diese bedauerliche Tatsache mit sich; ebenso im Westen das benachbarte Bayern.«

Sogenannte Haustöchter, Stützen, Wirtschaftsführerinnen, nicht gelernte Büfettfräuleins und alles andere ohne positive Bezeichnung im Gewerbe arbeitende Bedienungspersonal haben zum Besten der Gesamtheit zu verschwinden. Weibliche Bedienungskräfte, die zu Schützenfesten usw. von anderen Städten aus herangeholt werden, obwohl am Platze noch männliche Kollegen arbeitslos sind, sind ebenfalls nicht mehr zeitgemäß...

Die sogenannte »Damenbedienung« hat aus Thüringen zu verschwinden.

Die Entrüstung des braunen Gewaltigen wäre wahrlich einer schlechteren Sache wert. Aber »solange männliche Kollegen arbeits-

werten ist, geht aus den folgenden Tatsachen hervor: Die »eigentliche und gründlichste Schulung« wird den Mädelschar- und Mädelsgruppenleiterinnen in den Obergauwallerinnenenschulen erteilt. Dauer der Kurse: zwei bis höchstens drei Wochen. Was in dieser Zeit getrieben wird, erfahren wir aus einem Aufsatz, den mehrere deutsche Zeitungen nachgedruckt haben:

In diesen Kursen wird an die Führerinnen all das herangebracht, was sie für die Arbeit in ihren Einheiten brauchen. Von der Erb- und Rassenkunde her kann jedes Mädel erst in vollem Umfang die großen Zusammenhänge unseres Volkes begreifen. Vom Geschichtsaufriß,

chen aussehen? Jedenfalls bunt, und deshalb nimmt es auch nicht wunder, daß sich unter den also geschulten Ehrendamen noch heute die Hauptverfechterinnen des Nationalsozialismus finden. Ein gewisser Stimmungsumschwung ist aber auch hier zu verzeichnen. Teils haben Väter, Brüder und Freunde dazu beigetragen, die entweder dem Stahlhelm oder der kirchlichen Opposition angehören, teils haben die Mädchen selbst begonnen, sich schlicht und recht zu langweilen. Plötzlich besinnen sich die sozusagen Gebildeten unter ihnen auf die alte Frauenbewegung, die das Berufs- und Geistesrecht der Frau in einer Zeit verfocht, da alle Wege ebenso verbaut waren wie heute. Es setzt in Erstaunen, wenn z. B. in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, die wie auf andern Gebieten so auch in der Frauenfrage von je eine reaktionäre Haltung einnahm, folgende Sätze zu lesen sind:

Was war denn der Lebensinhalt der jungen (und häufig auch der älteren) Weiblichkeit vor dem Anbruch der Frauenbewegung? Vergnügen und ein vielfach ausgebildeter, zumeist überflüssiger Kultus des Schönen. Die Mädchen wurden auf diesem Wege so erzogen, daß sie willensschwach, leistungsunfähig und vor allem egoistisch werden mußten. Für diese Fehler der Erziehung machte man dann das Geschlecht haftbar....

Wollen wir auf diese soziale Erweckung wieder verzichten? Und zu dem überwundenen Standpunkt der Frau zurückkehren, deren Leben — wie man gesagt hat — die 3 K ausfüllen: Kinder, Küche und Kleider. Nein, wir müßten uns bald überzeugen, daß eine solche Frau auch den Kindern von heute nicht gerecht werden könnte.

Man sieht: die Frauenbewegung, die im Dritten Reiche von den Führern immer wieder beschimpft und von den braunen Gefolgsleuten immer wieder verlacht wird, findet Verteidiger dort, wo man sie am wenigsten vermuten sollte. Es zeigen sich sogar schüchterne Versuche, in kleinen Zirkeln eine Art Wiederbelebung der Bewegung von ehemals vorzubereiten. — Wir erinnern an den Leserkreis der »Deutschen Kämpferin«. — Allerdings ein aussichtsloses Unternehmen, denn innerhalb eines entrechteten Volkes kann es für die Frau keine Freiheit geben.

Interessant ist es, die Suche nach etwa noch vorhandenen Berufsmöglichkeiten zu beobachten. Die Frauengeneration, die jetzt ihr Studium beendet, findet nahezu alle Türen verschlossen, und wer keine glänzenden Beziehungen zu braunen Parteigewaltigen hat, wird des Anklopfens sehr bald müde. Ärztinnen sind in Krankenhäusern und Kliniken »unerwünscht«, fast alle Stellenausschreibungen in den Fachzeitschriften gelten nur den männlichen Kollegen. Juristinnen finden in den seltensten Fällen Gelegenheit, auch nur die Referendarszeit bei Gericht zu absolvieren. Lehrerinnen kommen nicht mal in den Mädchen-, geschweige denn in Berufs- oder Knabenschulen unter, der Prozentsatz männlicher Lehrkräfte auch in den Lyzeen steigert sich von Jahr zu Jahr. So setzen denn verzweifelte Versuche ein, hier oder da Neuland zu erobern. Das heute noch gültige Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 z. B. enthält keinen Sonderparagrafen, der etwa die Frau vom journalistischen Beruf ausschloß. Die Folge ist, daß die anderwärts Vertriebenen sich an diesen Strohalm zu klammern suchen. In den Zeitungswissenschaftlichen Seminaren zu Berlin stellten die Frauen in den letzten Semestern etwa ein Drittel aller Studierenden. Freilich gab es bald eine herbe Enttäuschung. Wer nämlich in die Reichspresseschule aufgenommen werden will, deren Besuch künftig als Abschluß der Ausbildung obligatorisch werden soll, muß zuvor durch ein Arbeitsdienstlager für Journalisten gegangen sein. Und siehe — zum ersten Kursus dieser Art wurden 85 junge Männer — und zwei Mädchen zugelassen. 35 Prozent weibliche Seminarstudenten, rund 2½ Prozent Arbeitsdienstlerinnen. Das bedeutet: man läßt die Mädchen zwar Kollegengelder zahlen und ein wenig herumstudieren, denkt aber gar nicht daran, sie ernsthaft als Konkurrenz

Sozialismus der Tat



Ley und Streicher: »Den andern die Rittergüter, uns die jüdischer Geschäfte!«

los sind« wird eben die weibliche Konkurrenz als freche Herausforderung empfunden. Die in solcher Weise aus dem Beruf ausgewiesenen Mädchen werden in keiner Arbeitslosenstatistik auftauchen. Dagegen ist zu befürchten, daß ein Teil von ihnen eines Tages in einer andern Rubrik geführt wird, in der — Prostituiertenliste. Denn Not lehrt nicht immer beten.

Bei den besitzenden Schichten hat die Enttäuschung der hitlerbegeisterten Frauen später eingesetzt als in den proletarischen und kleinbürgerlichen Kreisen. Die höheren Töchter studierten zunächst ruhig weiter in dem Bewußtsein, daß sie eines Tages auch ohne Broterwerb von Hunger geschützt sein würden. Denjenigen Mädchen »aus guter Familie«, die ohnehin auf Berufsausbildung keinen Wert legten, erschloß sich sogar ein neues Gebiet, sie konnten in der NS-Frauenschaft und im BDM zu Ehrenstellen und zu einer Art örtlicher Berühmtheit gelangen, ohne sich übermäßig aufzuopfern. Wie die »Ausbildung« der weiblichen Jugendführer zu be-

vom nationalsozialistischen Blickfeld aus gesehen, einschließlich Grenz- und Auslandsfragen, erfaßt es das Schicksal unseres Volkes, erkennt es das feindliche Wirken fremder Mächte. Gestaltung eines allumfassenden neuen Volkstums, eines neuen Kulturdruckes steht als Forderung vor uns. Lied und Sprechchor, Spiel, Tanz und Werkarbeit bilden den Ausgangspunkt dieser Arbeit...

Neben der weltanschaulichen Schulung nimmt die körperliche Erziehung einen großen Teil der Arbeitszeit ein, denn das Ziel ist, alle Führerinnen soweit durchzuschulen, daß sie die sportliche Arbeit in ihren Einheiten selbst leiten können.

Wer diesen Speisezettel aufmerksam durchliest und dabei nicht außer acht läßt, daß die Ausbildungszeit nach Abrechnung des Ankunfts- und Abreisewirbels bestenfalls 19 Tage beträgt, wird sich leicht ein Bild von dem wüsten, verwirrenden Durcheinander machen können. Wie mag es nach beendeter »Lehrzeit« in den Köpf-

Im Ramschlade

zu dulden. Selbst Frauenblätter und vor allem die Frauenbeilagen der Tageszeitungen werden in wachsendem Maße von männlichen Redakteuren bearbeitet und geleitet.

Als Kuriosum sei nebenher erwähnt, daß kürzlich der »Mittag«, Düsseldorf, sich den Scherz leistete, die Arbeit der »Werkpilotin« als neuen Frauenberuf anzupreisen. Auf dem Flugplatz Johannisthal bei Berlin fliegt nämlich eine (eine!) Frau neue Maschinen ein, und an Hand dieser Tatsache versuchte das findige gleichgeschaltete Blatt, die Gleichberechtigung der Frau im Dritten Reich zu beweisen.

Daß von dieser Gleichberechtigung in Wahrheit keine Rede sein kann, daß vielmehr das materielle Frauenelend und die geistige Frauennot von Tag zu Tag wachsen, haben die Delegierten des Internationalen Lyzeumklubs sicher nicht bedacht, als sie sich unlängst von Frau Schacht zum Hauskonzert in der Festräume der Reichsbank und von Frau Göring zum Tee in das Luftministeriumschloß einladen ließen. Der ausländische Besuch bot vielen braunen Frauenzeitschriften willkommene Gelegenheit, die Beliebtheit des neuen Deutschlands in aller Welt zu bejubeln. Die Leserinnen werden sich — soweit sie endlich begriffen haben, was los ist — ihr Teil gedacht und werden sich vor allem gesagt haben, daß es mit der politischen Reife jener Lyzealdamen nicht allzuweit her sein kann. Zahllose Frauen innerhalb des Dritten Reiches lassen sich von lebenswürdigen Ansprüchen, von Tee- und Konzerteinladungen nicht mehr einfangen — sie haben sehen gelernt, und das ist immerhin etwas. Hitler selbst betonte in seiner Nürnberger Ansprache an die Frauen, daß die weibliche Stimmzahl dem Nationalsozialismus mit zum Siege verholfen habe. Die weibliche Gegnerschaft, die im Wachsen begriffen ist, wird hoffentlich den Sturz eines Regimes beschleunigen helfen, das nicht nur die Frauen, sondern das ganze Volk um Jahrhunderte zurückgeworfen hat.

Kara.

Boxsport als Kulturideal

Nämlich, ich muß mich entschuldigen. Ich habe bisher den Boxsport für eine Barbarei und das große Publikumsinteresse an blutig gehauenen Nasen als ein Symptom des allgemeinen Kulturabergangs angesehen. Es ist nicht so! Der Boxsport ist eine humanitäre, soziologisch wertvolle Einrichtung.

Ich habe mich überzeugt. Es gibt da eine Oberste Boxsportbehörde. Die regelt u. a. die Auswahl der Gegner und wacht darüber, daß nur Leute mit einigermaßen gleichen Chancen gegeneinander antreten. Da gibt es z. B. ein Gewichtsklassament. Wollte etwa der italienische Riese Benito Carnera, nein, nicht Benito — Primo Carnera, der 2,10 Meter lang ist und 2½ Zentner wiegt, — wollte der etwa gegen einen Neger-Fliegen-

Mit großem Getöse wird im Dritten Reich der »Tag des Buches« verübt, als wäre er eine neue Errungenschaft. Aber den hat schon die Demokratie eingeführt, und so verschiedene Weltanschauungen an diesem Tage immer auch warben, eine Parole war ihnen allen eigen: »Das Buch soll Dich zur Wahrheit und zum selbständigen Denken führen!« Wehe dem, der heute drüben etwa diese Selbstverständlichkeit öffentlich vertreten wollte! In Schaufenstern und Inseraten triumphiert die braune Blut- und Schundliteratur und klassisches Lesegut von Weltgeltung ist der Kritikasterlei verdüchtigt.

In der »Deutschen Literatur« erzählt der Herausgeber ein charakteristisches Erlebnis. Er begab sich kürzlich in einen Buchladen, »eine der größten, lebendigsten und bestgeleiteten Buchhandlungen einer großen Stadt«. Er begehrte der Reihe nach zu kaufen: Goethes Wilhelm Meister, dann den »Oblomow«, als drittes Immermanns

gewichtler von 1,60 Meter Länge und 1¼ Zentner Gewicht boxen, so würde ihm die oberste Boxsportbehörde trotz seiner Länge auf den Kopf kommen und dem Feigling die Lizenz entziehen. Es ist — aber nur beim Boxen — nicht gestattet, daß ein viel Größerer einen viel Kleineren verprügelt. Wer groß und stark ist und boxen will, muß sich einen andern Großen und Starken aussuchen.

Auch die Waffen müssen beim Boxen gleich sein. Der Italiener darf sich nicht etwa biegegefüllte Costurriemen anlegen, während sein Gegner nur mit weichgepolsterten Zehnrunnen-Handschuhen auf seinem Körper herumklopfen darf. Jeder besitzt genau dieselben Waffen wie sein Gegner — d. h. beim Boxen. Auch gibt es eine große Zahl verbotener Schläge, namentlich in die ungeschützten Weichteile. Man darf nicht rücksichtslos den Körper des andern wie ein feindliches Gebiet angreifen und dort, wo es am verletzlichsten ist, Bombenschläge herabhaufen lassen. Wer gegen diese Regel verstößt, wird — aber nur beim Boxen — disqualifiziert. Der durch den unfairen Schlag Unterlegene erhält Sieg und Preis zuerkannt, auch wenn er sich nicht mehr rühren kann.

Dann noch eins. Beim Boxen ist es auch strengstens verboten, daß gleichzeitig mehrere gegen einen kämpfen. Daß je neunundneunzig gegen einen einzigen losgehen, wie etwa beim deutschen Heldenkampf gegen die Juden, wäre beim Boxen völlig unmöglich. Die meisten Heldentaten der SA und SS gegen Marsden und anderes Untermenschengeindel würden sich im Lichte der Boxregeln gar nicht als Heldentaten, sondern als unspöttliche, unfaire, mit Disqualifizierung zu ahndende Brutalitäten herausstellen.

Darum erscheint im Lichte des heutigen außer- und innerpolitischen Geschehens der Boxsport als eine geradezu vorbildliche Kul-

Münchhausen. Der Kauf aber kam nicht zustande:

»Keines der Bücher war nämlich vorhanden, es war keines »vorrätig«, man hätte sie gewiß bestellen können, aber auf den Tischen, in den Regalen, wo doch der stehende Vorrat erwartet wurde, lagen sie nicht. Es funkelten dafür sämtliche »Neuerscheinungen«... Wir wollen uns gewiß vor Verallgemeinerungen hüten, aber die vergebliche Nachfrage nach diesen drei Büchern ist schwer aufs Konto eines bösen Zufalls zu schreiben. Wie, wenn der Käufer weiter geforscht hätte? Wenn er nach den Wahlverwandtschaften, der Italienischen Reise, dem Don Quichote verlangt hätte? Wo wäre endlich das Tor aufgegangen? Wären Grimms Märchen »vorrätig« gewesen, die Deutschen Volksbücher, der Michael Kohlhaas?... Wie sieht im praktischen Buchhandel der »ewige Vorrat« aus — welches klassische Schriftgut muß vorrätig sein — vorrätig ohne Rücksicht auf das Tagesverlangen der Kunden, vorrätig — wenn wir so sagen

dürfen — aus Standesehre des Buchhandels?«

Das mit der »Standesehre« des deutschen Buchhandels ist heute völlig vorbei; die Buchhandlungen sind zu Filialen der braunen Großverdiener herabgesunken. Wohin das klassische Volksgut verbannt ist, sagt die Zeitschrift am Schluß in bitterer Erinnerung an anständigere Zeiten:

»Einem Trost freilich gibt es: all diese Werke der Meister, der deutschen und der fremden, diese Werke, die wirklich Volksgutes geworden waren, sind ja nicht untergegangen. Sie sind auch jetzt zu haben; nur etwas weniger regulär, denn sie füllen die Tische der Althändler, der Ramschläden. Da liegen sie und sind preisgegeben der tätigen Liebe: der des suchenden Lesers. Vielleicht ist diese Entwicklung gut...«

Als Anschauungsunterricht ist sie bestimmt gut, denn so entdeckt der »suchende Leser«, daß Deutschlands beste Geister heute wieder der Befreiung harren.

»Mutti, was ist ein Lustknabe?«

Diese Frage aus Kindermund mußten Millionen deutscher Mütter nach dem 30. Juni 1934 über sich ergehen lassen. »Mutti, was ist ein Lustknabe?« — diese Worte wurden damals wie eine Art Greuelmeldung unter den Frauen weitergeflüstert. Daß auch heute noch für die ständige Stachelung unkindlicher Neugier gesorgt, daß auch heute noch jedem Dreikäsebock an allen Straßenecken pornographisches Gift verabfolgt wird, beweist folgende Klage der Frauenzeitschrift »Deutsche Kämpferin« (Oktobernummer 1935):

»Es wäre ernsthaft darüber nachzudenken, ob die jugendliche Seele nicht tiefgehenden Schädigungen ausgesetzt wird durch allzu brutale auf allen Straßen dargebotene Bild- und Wortdarstellungen von Sexualverbrechen und aller Art von unmenschlichen Scheußlichkeiten. Man kann solche Anschläge fast ständig von Kindern jeden Alters umlagert sehen und sie dazu sich äußern hören: »Ich möchte bloß wissen, was ein Lustmord ist« oder: »Weißt du, was Rassenschänder tun?« oder: »Wie machen sie das, wenn sie Mädchen ausbeuten?« oder: »Was ist eigentlich Notzucht?«

Wie weit müssen Streichers Schweinereien um sich gegriffen haben, wenn sogar eine im Reich erscheinende und durchaus antisemitische Zeitschrift es wagt, dagegen zu protestieren! Die kleinen Kinder fragen nur — die Halbwüchsigen handeln, und wenn im Dritten Reich immer mehr jugendliche Frauenmörder zum Tode verurteilt werden müssen, so trägt Julius Streicher an dieser Tatsache ein gerüttelt Maß Schuld. Der deutsche Nachwuchs, die Zukunft des Volkes, ist gefährdet wie nie zuvor, denn wer den Stürmer äßt, wird Sexualverbrecher ernten.

tureinrichtung. Man müßte die Boxsportregeln durch Völkerbundsatzung zum allgemeinen Kriegsrecht, durch Verfassung zur Norm aller innerpolitischen Auseinandersetzungen machen.

Heute freilich, wenn man eine Zeitung eines uniformgeregelten Landes aufschlägt, glaubt man zwischen den Zeilen immer Annoncen wie die folgende zu lesen:

Diktator (Riese) sucht kleinen Gegner, möglichst schwach, um baldigst mit ihm Krieg zu führen. Verhältnis wie 66 zu 2 Millionen in der Bevölkerungszahl erwünscht. Völkerbundsrechtlich geschützte Partner kommen nicht in Frage. Offerten unter »Germanische Ritterlichkeit« an die Expedition d. H.

Ja, solange das als fair gilt und keine Oberste Boxsportbehörde einschreitet... Muck.

Von der Hitler-Olympiade

Dr. Lewald, Präsident des olympischen deutschen Komitees, abgesetzt. Dr. Lewald, der bekannte deutsche Sportführer, unter anderem Vorsitzender der Kommission zur Vorbereitung der Olympiade, ist hinausgeschleudert worden, weil er ein Nichtarier ist. Der wichtige sportliche Posten, den er bis jetzt inne hatte, wird nun einem echten Germanen übergeben. Interessant ist, daß Dr. Lewald nach Amerika fahren sollte, um dort die amerikanischen Sportkreise für die Teilnahme an der Hitler-Olympiade zu gewinnen. In Amerika sind große Widerstände gegen die Teilnahme der Amerikaner an der Olympiade vorhanden, deren Grund insbesondere die deutschen Judengesetze sind. Lewald ist, noch bevor er seine Mission in Amerika erfüllen konnte, der Streicherei zum Opfer gefallen.

Dialog in Osteuropa

Zeit: Gegenwart — Ort: Amtsbüro.

Personen: ein Regierungsrat e. Osteurop. Staates, ein Bürger der deutschen Minderheit dieses Staates.

Bürger: Herr Regierungsrat, ich habe vor einiger Zeit um eine Einfuhrbewilligung für eine deutsche Maschine nachgesucht, bisher aber noch keinen Bescheid erhalten. Darf ich fragen, ob mein Gesuch genehmigt ist?

Rat: Ich habe Ihr Gesuch ordnungsgemäß an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Bürger: Besteht Aussicht auf eine Bewilligung?

Rat: Ich habe Ihr Gesuch, wie gesagt, weitergeleitet und kann Ihnen über den Erfolg natürlich nichts versprechen, weil dies ganz von den oberen Instanzen abhängt.

Bürger: Darf ich in dieser Angelegenheit mich mit Ihnen vielleicht außeramtlich unterhalten, weil ich gewisse Dinge berühren möchte, die nicht in einen amtlichen Rahmen passen?

Rat: Es ist an sich nicht zulässig hier Privatgespräche mit Interessenten zu führen, doch will ich ausnahmsweise, unter der Bedingung, Ihrem Wunsch entsprechen, daß unsere beiderseitige Unterhaltung nur den Charakter einer ganz persönlichen Aussprache hat.

Bürger: Ganz selbstverständlich, Herr Regierungsrat, gerade deshalb hat ich ja darum, wollen Sie bitte meine Fragen nicht persönlich, sondern rein sachlich aufnehmen.

Rat: Beiderseits, bitte, ganz meine Meinung!

Bürger: Wie erklären Sie sich, daß Berufskollegen Bewilligungen für Waren nicht-deutscher Herkunft ohne Schwierigkeit erhalten haben. Richtet sich diese Verzögerung vielleicht gegen meine deutsche Nationalität oder gegen die deutsche Ware?

Rat: Sie bekennen sich außer zum Deutschtum auch zur nationalsozialistischen Weltanschauung, nicht wahr?

Bürger: Aber, Herr Regierungsrat! Ich muß doch bitten...

Rat: Aber, mein Herr, vergessen Sie doch nicht unsere Vereinbarungen!

Bürger: Gewiß, gewiß. Ihre Frage berührt aber eine rein persönliche Angelegenheit. Zudem kann ich Sie versichern, daß ich durchaus nicht völlig mit allem einverstanden bin, was unter dem Namen...

Rat: Gestatten Sie die Unterbrechung. Ihr Eingeständnis, Sie wären nicht völlig, bedeutet doch, Sie sind immerhin Anhänger dieser Bewegung.

Bürger: Aber nein! Ich bin durchaus kein eingeschriebener PoGe. Gewiß manche Ideen entsprechen zum Teil meinen Wünschen — und wenn dies ein Hindernis sein sollte...

Rat: Durchaus nicht, durchaus nicht! Ich stehe genau so auf dem idealen Standpunkte, niemandem seinem Volkstum zu entfremden.

Bürger: Da stünde ja der Erfüllung meiner Eingabe nunmehr nichts im Wege?

Rat: Von mir aus nicht. Sie werden auch sonst anerkennen müssen, daß bei uns nicht mit den gleichen Methoden »nationalisiert« wird, wie die Auswirkung ihrer Weltanschauung im Reich tatsächlich ergeben hat. Sie genießen bei uns völlige Freiheit Ihrer

völkischen Eigenart. Sie besitzen nach wie vor eigene wirtschaftliche und politische Organisationen, Kreditinstitute, Genossenschaften, Vereine, Schulen, Kirchen usw. Meinungsfreiheit in Wort und Schrift. Kurz in den Grenzen unseres Staates führen Sie ein Eigenleben um das Sie mancher sogenannte Volksgenosse im Mutterlande aufrichtig beneidet.

Bürger: Ich habe doch bereits erklärt, daß ich nicht mit allem einverstanden bin und meine persönliche Auffassung sich nicht mit der Parteidoktrin deckt.

Rat: Dies kann ich nicht anerkennen. Ihr Parteiprinzip kennt keine Halbheiten, keine Teilanerkennnisse, es gibt nur eine klare, einfache Auffassung. Ja oder nein. Wenn Sie dagegen sind, so erklären Sie doch öffentlich Ihre Gegnerschaft zu einem Prinzip doppelter Moral. Sie sind doch Leser unserer deutschen gleichgeschalteten Presse, stimm't! Ja. Na also! Sie lassen sich widerstandslos alle Thesen der Erneuerung (Totalität), Gleichsetzung der Partei mit dem Staat (Ausnahmegesetze gegen die Opposition, Proskriptionen) und vieles andere als Ideal aufstellen.

Bürger: Doppelte Moral? Ich habe doch wiederholt... Wir sind doch in jeder Hinsicht loyale Bürger und kommen allen Verpflichtungen nach.

Rat: Gerade Ihre immer wiederholte Beteuerung Ihrer völligen Loyalität macht verdächtig. Es gibt zahlreiche Beispiele aus der neuesten Zeit, daß in anderen Staaten diese Beteuerungen nicht hinderten, Attentate, Fememorde und andere Dinge auszuführen. Gelang es, die Täter

zu fassen, so leugneten die einen jede Parteilugehörigkeit, die anderen brachten ein Hoch auf das Oberhaupt eines fremden Staates aus.

Bürger: In keinem Falle ist bei uns hier derartiges geschehen, und man kann doch nicht verantwortlich gemacht werden für Vorkommnisse in anderen Ländern.

Rat: Dazu möchte ich auch nicht raten. Man hat aber aus der Taktik Ihrer Bekanner die Lehre gezogen, daß derartige »Uebergriffe« erst dann sich ereignen, wenn die »Uebermacht« der Totalitätsanhänger nahezu erreicht ist.

Bürger: Ich habe mehrmals erklärt, daß ich mich allen, diesen Dingen ablehnend verhalte. Sehr viele andere auch. Es ist ja seit geraumer Zeit zu einer scharfen Auseinandersetzung der »Gemäßigten« mit den »Radikalen« gekommen.

Rat: Das weiß ich; man kann schon sagen »Spaltung«. Sie befänden sich ja in einer Weise, wie man es bei der berühmten deutschen Disziplin nicht für möglich gehalten hätte. Und diese Begleiterscheinung Ihrer von uns geduldeten Propaganda hat uns belehrt, ihre völkische Erneuerung sei in Wirklichkeit eine Zerplitterung Ihrer früheren geschlossenen Gemeinschaft.

Bürger: Leider! Ich muß das zugeben.

Rat: Umso weniger begreife ich, daß Sie sich heute noch gleichschalten lassen. Noch schlimmer sieht die rauhe Wirklichkeit Ihres materiellen Daseins aus. Gewisse, finanzielle Hilfen sind gestrichen; Ihre Kapitalien im Reich eingefroren, Zinsen und Renten werden nicht mehr überwiesen. Ja, selbst eine Heirat wird durch die Verweigerung

Der Würdigste

Johsts europäische Asphaltperiode.

Das Jöhstchen hat auf dem Nürnberger Parteikrawall den Kunstpreis der NSDAP ergattert, nun muß dem Kriegsvolke und den braunen Gegencliquen klar gemacht werden, warum er der Würdigste ist — trotz seiner Vergangenheit, deren Feinlichkeit nicht ganz wegzuleugnen ist. Ein Teil der Presse zitiert eine seiner Selbstbetrachtungen, in der er sich eine Person nennt, »die von der Betrachtung lebt, die bei Hingabe an die Zeit und durch Gegensätzlichkeit zum Zeitgeist vom menschheitlich orientierten Europäer zum bewußten Deutschen wurde...« Aber dieser einst »menschheitlich orientierte Europäer« war außerdem Kunstbolschewist, wie Hitler sagen würde. In einer Jöhstwürdigung muß der Biograph in der Köln. Volksztg. trotz aller pflichtschuldigsten Bewährföcherung gestehen, daß dieser Hitlerbarde nach dem Kriege »in Stil und Thematik zu den Expressionisten gerechnet werden mußte.

Die braunen Kunstfeldwebel haben dekretiert, der Expressionismus sei ein undeutsches, verjudetes Asphaltgewächs. Heute sitzt der ehemalige Europäer und undeutsche Kunstbolschewist hochdotiert an der Spitze der Reichskulturkammer, fingerte den NSDAP-Preis und die Bühnen müssen seine neueren Stücke spielen — 30 Annahmen meldet das Königsberger Naziblatt als neuesten Effekt! — indes seine älteren Emanationen zu dem Scheiterhaufen gehören, den er mit errichten half! »Wir dulden nur Männer auf Charakter in den führenden Stellen«, donnert die Oberbonzerie. Und Jöhst wacht an oberster Stelle mit darüber, daß kein Nachwuchs aufkommt, der so beginnt wie der Charakter Jöhst; er verneint sich tapfer, indem er dem »Nachwuchs« lehrt, aus Europäertum und expressionistischer Asphaltkunst könne nur Undeutsches, Nichtswürdiges erwachsen. Mehr germanische Selbstverleugnung ist nicht zu verlangen, die Jungen haben Recht, wenn sie gegen solch allzu heroischen Anschauungsunterricht meutern — und herrlich muß es um einen Kunstpferch bestellt sein, der für den Hitlerpreis keinen Würdigeren finden konnte.

Die Fledderer

Arische Kapitalisten von 20- bis 300.000 Mk gesucht für Ankauf von nachweisbar vorzüglichen Objekten, bisher in nichtarischem Besitze. Offerten unter Ta. M. 11278, Berliner Tageblatt, Berlin W 50, Tauentzienstr. 4. (Inserat im »Berliner Tageblatt« Nr. 497.)

Die Bart-Diebe

Der »Stürmer« schreibt: »Ein Vollbart muß nicht jüdisch sein. Früher war er das Attribut des Mannes. Auch er wurde, wie so vieles andere, von den Juden gestohlen.« Wenn sie nicht nur auch das Hitlerbärtchen noch übernehmen!

der Mitnahme der Mitgift unmöglich gemacht. All dieses bedeutet nicht nur eine Schädigung Ihrer Volksgenossen, sondern auch der Staatsinteressen.

Bürger: Ihre Angaben treffen völlig zu. Man ist bei uns schwer enttäuscht, namentlich die, die durch den Umschwung eine Besserung der Verhältnisse erwarteten. Viele unserer Kreise würden längst offen die Verschlechterung unserer Lage zugeben, wenn sie nicht glaubten, durch die Beibehaltung der Gleichschaltung der Radikalisierung der Massen besser begegnen zu können.

Rat: Also doch doppelte Moral! Um nun auf Ihre »dienstliche« Frage zurückzukommen. Man sieht geschäftliche Verbindungen mit einem Partner ungern, der selbst seinen Verpflichtungen unseren Bürgern nicht nachkommen will, und der für sich alle Vorteile einseitig fordert. Gewisse, führende Personen sprechen von einem Boykott. Es ist nicht der Boykott gewisser Volkskreise, die man heute besonders moralisch und materiell »behindert«. Man will wohl absichtlich die Folgen gewisser Erschwerungen im gegenseitigen Wirtschaftsleben verkennen.

Es klopft? Einen Augenblick bitte. Entschuldigen Sie, daß ich die Unterredung beenden muß.

Neue Bücher

Sechzehn Dichter, darunter die Besten europäischen Namen, haben sich zu einem Bande vereinigt: »Dichter helfen« (Verlag Oprecht, Zürich). Sechzehn Novellen, die durch viele Zonen führen und in vielerlei Ge-

Die Streicher-Saga

Der große deutsche Historiker Karl Theo Mombricht veröffentlichte im Jahre 2500 seine berühmte Studie über den »Nationalsozialismus im deutschen Mittelalter«. Aus seinen schon jetzt lesenswerten Darstellungen haben wir zum Vorabdruck das Kapitel über Julius Streicher ausgewählt.

Einen Menschen von Fleisch und Blut namens Julius Streicher hat es natürlich niemals gegeben. Und doch lebt diese Gestalt, so wie Therites oder Don Quichote wirklichere Wesen sind, als alle Griechen und Späner, die zu Homers oder Cervantes Zeiten tatsächlich gelebt haben.

Mitunter empfindet der gesunde Volkinstinkt das Bedürfnis, die Verruchtheit, Lächerlichkeit, Theatralik eines Zeitalters zu personifizieren, ihren ganzen Inhalt an Lüge und Perversität, für den die abstrakte Beschreibung mit Recht als zu schwach empfunden wird, in der Gestalt eines einzigen Menschen anschaulich zu machen, der nun konzentriert in sich verlebendigt, was mehr oder weniger verdünnt über die ganze Bevölkerung sich verteilt. Aus solchem Bedürfnis hat die Volkspheantasie des zwanzigsten Jahrhunderts die Figur »Julius Streicher« erschaffen, die Mensch gewordene Lumpenhaftigkeit des Nationalsozialismus.

Eine Meisterleistung grimmigen Volkshumors! Der Historiker muß gestehen: Niemals konnte er auch nur ein entfernt so anschauliches Bild von all jenem Stumpfsinnigen, Arroganten, Halbgebildeten, Brutalen, Pathologischen und Sexualperversen geben, das um die nationalsozialistische Bewegung rankte, als es sich uns in der Selbstpersiflage der Streicher-Figur darbietet. Wenn man alle Schändlichkeiten der großen und kleinen Götter vom Hakenkreuz zusammengemischt, sie einem einzigen in die Schuhe geschoben hätte, — es wäre aufs Haar jener Lump in Großfolie entstanden, den die Volkssage uns als »Julius Streicher« überliefert.

In Streicher finden wir den Menschen, den nur das eine brennende Streben der Eitelkeit und Machtbegierde erfüllt. Die Welt soll um jeden Preis von ihm reden, er will zu Ansehen und Macht gelangen. Der unbegrenzten Geltungssucht des Ich entspricht als Gegenpol die absoluteste Gefühlskälte und der Mangel auch der leisesten Spur von moralischem Verantwortungsgefühl. Solche Naturen können ihrer ganzen Wesensart nach niemals durch Handlungen, die mit dem Wohl der Menschheit im Einklang sind, etwa durch segensreiche Erfindungen, durch große Kunstwerke, durch vorbildliche Lebensweise, zu ihrem Ziel gelangen. Ihre Waffe ist das Gemeine, das durch seine Größe die Gemüter erstarren läßt.

Nicht daß sie Lumpen sind, das Ausmaß ihrer Lumperei sichert den Erfolg. Jener Herostrat von Milet, der ein unersetzliches Kunstwerk vernichtet, das eine Million Herostrate zusammen nicht zuwege brächten, ist ihr geistiger Ahnherr.

Man beachte bei den Streicher-Naturen ihren giftigen Haß gegen alle, die auf legaler Weise zu Ruhm gelangt sind, wie z. B. gegen die Heroen der Seuchenbekämpfung Koch, Virchow, Ehrlich, Neißer usw. Auf der positiven Seite des Lebens könnte es ein Streicher nicht einmal zu einem mittelguten praktischen Arzt, nicht zu einem geeigneten Lehrer für schwachsinige Knaben bringen. Aber seine Fähigkeit besteht darin, mit hysterischer Zügellosigkeit die positiven Leistungen anderer zu begehren. Sein Wissen auf medizinischem Gebiet entspricht in der Sage etwa dem eines Laien, der ein paar populär-medizinische Schriften gelesen hat. Im ersten Vorexamen für Mediziner würde der Streicher der Legende mit Pauken und Trompeten rassen. Aber dieser blutige Ignorant verkündet, daß die Serum-Therapie, deren Anwendung durch etliche Jahrhunderte unser Zeitalter das Erlöschen fast sämtlicher Infektionskrankheiten verdankt, eine jüdische Tücke zur Vergiftung des germanischen Blutes ist!

In diesem Beispiel der ganze Mensch. Er lügt nicht nur — das tun viele — er lügt unnachahmlich grotesk. Seine Lügen fügen sich zu einem System blutiger Schauerromantik. Deshalb rutscht alles bei ihm ins schlüpfrige Sexuelle ab. Der Antisemitismus wäre nichts für ihn, wenn er nicht Gelegenheit gäbe, in sexuellen Phantasien von Rassenschande zu schwelgen, durch Schlüssellocher zu spähen, Pärchen zu verfolgen, hinter dem Ruf von Mädchen herzulauern. Außerhalb des politischen Lebens ist so etwas das Gebaren einer gewissen Verbrecherkategorie, die aus der Kenntnis sexueller Heimlichkeiten Erpressergewinn zieht. Zu diesem sittlichen Niveau erzieht Streicher die Leserschaft seines Blattes, aber — das ist das Charakteristikum — er läßt sie die Sexuelschnüffelei obendrein als etwas Verdienstvolles empfinden.

Sein Blatt, das selber hierin vorangeht, bekämpft angeblich die Rassenschande, spekuliert in Wahrheit auf die sexuelle Lusternheit derer, die seine pikant aufgemachten Denunziationen und Sittenschilderungen lesen.

Natürlich ist der Kerl (ein schöner Beweis, wie gut der Volkshumor komponiert) selber in höchstem Maße sexuell wurmstichig. Er ist nach vielerlei Richtung pervers veranlagt mit vorherrschend sadistischem Einschlag. Als Sadist — auch darin zeichnet die Volkssage diese Gestalt richtig — ist er zugleich brutal und feige, schlägt wehrlose Gefangene mit der Peitsche, läßt sich aber selbst dabei von Schwerebewaffneten eskortieren.

Er redet gerne, aber nur, wo er weiß, daß Widerspruch sich nicht erheben kann. Er kennt die Schwachheit seiner lügnischen Argumente, gegen Widerspruch hat er nur ein Mittel: Gewalt. Sehr fein schildert eine der Legenden eine Szene vor einem akademi-

sehen Forum, also einer Zuhörerschaft, die Streichers billige Mätzchen ohne weiteres durchschaut. Angesichts der bewaffneten Eskorte Streichers wagt man nicht zu widersprechen oder hinauszugehen, aber man liest Zeitung. Der Hetzpostel sieht es und — droht, mit der Peitsche dazwischenzuschlagen.

Keine Wirklichkeit reicht an solche Legende heran. Man lese in der Streicher-sage die große Rede aus dem Berliner Sportpalast. Wie der Hetzprophet mit jedem Wort, jedem Satz sich vor dem urteilsfähigen Zuhörer blamiert. Kein Satiriker von der Größe Swifts oder Hajeks bekäme diese Szene fertig. Der Humbug der nationalsozialistischen Lehre wird hier durch einen ihrer glühendsten Anhänger stärker an den Pranger gestellt, als der grimmigste Gegner es vermöchte. Streicher weiß, was der liebe Gott will. Gott will selbstverständlich nur, was Streicher will. Der Lump macht sich zum lieben Gott, weder er noch sein besoffenes Publikum merken es!

Noch ein besonders fetter Zug: Die Volkssage läßt diesen gewissenlosen Lumpen einen der nächsten Paladine und Freunde Adolf Hitlers sein. Hier haben wir übrigens den durchschlagenden Beweis für den erfundenen Sagencharakter der Gestalt. Denn es ist doch wohl völlig ausgeschlossen, daß der »Führer«, bei allen persönlichen Mängeln, die wir anderen Orts aufzeigen, in Wirklichkeit einem solchen Individuum Vertrauen und Freundschaft geschenkt haben könnte! Indem die Volkssage Streicher zum Freunde Hitlers erhebt, will sie sagen: Hitler trägt im höheren Sinne die Verantwortung für die Zeiterscheinung »Julius Streicher«.

Mucki.

Der Humor der Durchhalter

Der Berliner »Angriff« schreibt: »S'on bißchen Schlangestehen kann uns nicht mißmutig machen. So was meistern unsere Volksgenossen spielend und mit Humor.« Vor allem meistern es die Bonzen, die nicht Schlange zu stehen brauchen!

Seine gute Seite

Auf einer Gaubeamtenstagung des Reichsbundes der deutschen Beamten in Düsseldorf sagte Gauwalter Maaß laut Bericht in der Düsseldorfer Presse:

Der Beamte hat eine gute Seite, er ist Soldat, und sein Soldatentum ist gleich dem Beamtentum.

Weitere gute Seiten — z. B. Kenntnis der Gesetze und Vorschriften — erscheinen den braunen Postenvergebern und Beförderungsoffizieren unter diesen Umständen entbehrlich.

Der Anbruch der Kultur

»Die wirkliche deutsche Kultur begann mit dem März 1933, genauer gesagt: schon mit dem Februar 1933... Alles vorher war Zivilisation....«

(Aus dem Breslauer Naziblatt.)

wand nur ein Ziel kennen: Erweckung der Gewissen, Aufrüttelung der Herzen, Entlarvung der Bestie. Den Reinertrag des Buches stellen sie dem Genfer Komitee zur Unterstützung emigrierter Intellektueller zur Verfügung; sie wollen damit praktisch helfen und gegen die Verwüstung des menschlichen Gewissens demonstrieren. So ist ein Buch zustande gekommen, daß gleichzeitig eine vorzügliche Auslese moderner Novellistik bedeutet.

Das Thema des großen Romans von Heinrich Mann, betitelt »Die Jugend des Königs Henri Quatre« (Querido-Verlag), trägt viele Züge unserer Zeit. Bürgerkrieg wütet, Pöbel aller Stände sucht mit Mordpolitik Geschäfte zu machen, die Bartholomäusnacht steigt grauhaft aus dem Blutsumpfe auf, ein 30. Juni jagt den anderen, und vogelfrei wird der Hugenott, der Mann anderen Glaubens. Mitten in diesem Hexenkessel der junge Heinrich von Navarra, späterer König von Frankreich, ein Vorkämpfer humanistischer Weltauffassung und Gewissensfreiheit. Heinrich Mann entwickelt ein detailliertes Kolossalgemälde. Kapitel von leuchtender Farbigkeit und klarer Lindenführung wechseln mit anderen, in denen man die Geschichte vor lauter Einzelheiten nicht sieht. Ein Feuerwerk von Geschehnissen umprasselt den Leser. Weniger wäre mehr gewesen, weniger an Figuren, Dialogen, Einzelheiten. Soweit die Grundlinien wahr bleiben, darf der Dichter sittlicher Wirkung zuliebe ein Stück Geschichte stilisieren, wenn dafür die Architektur des gewaltigen Gebäudes um-

so klarer hervortritt. Dieser Roman wurde in Deutschland begonnen — blieb in der Emigration zu wenig Muße zur letzteren Formung?

Zu den Büchern, die kleinlich-peinliche kommunistische Parteilogik in belletristischer Form betreiben, gehört Heinz Liepmanns neue Deutschlandreportage »... wird mit dem Tode bestraft.« (Europa-Verlag). Das Buch will einen Ausschnitt der unterirdischen Arbeit im Dritten Reich geben, weiß aber nur von einigen linkerradikalen Gruppen zu berichten. Nebenbei wird die Schuldfrage konserviert: die Sozialdemokratie hat die Arbeiterschaft verraten, der sozialdemokratische Spitzenabgeordnete von Hamburg bestätigt es sogar. Er ist tot, also gut verwendbar für solcherart »Reportagen«, die von kommunistischer Schuld nichts wissen. Diese politischen Betrachtungen aus der linkerradikalen Froschperspektive sind heute ebenso überholt wie langweilig geworden. Denn die Schuldfrage hat durch die neuere Praxis der Kommunisten ein durchaus klares Gesicht erhalten: heute bewilligen sie den Demokratien Militärkredite, schließen Bündnisse mit ihnen, gäben sonst was darum, wenn sie die Weimarer Demokratie zurückbekämen und hätten das alles billiger haben können. Trotzky hat entsetzlich recht behalten. Was soll da dieses verlogene Spiel mit einer Schuldfrage, die der Tragödie der Arbeiterbewegung so wenig gerecht wird wie etwa die Dolchstoßlegende dem Weltkrieg! Es gehört zu den Kennzeichen des starken Schilderers, daß er sich in der politischen Erzählung über

die Klischees und Agitationsretuschen seines Lagers hinaus zu schrauben vermag, um das Ganze zu erfassen — Liepmann vermag das nicht. Und so springt ein Parteitaktchen heraus.

B. Br.

Zeitschrift für Sozialismus

Soeben ist das Doppelheft Nr. 24/25 dieser von der Verlagsanstalt Graphia, Krisbad herausgegebenen wertvollen Zeitschrift erschienen. Während Richard Stöckling eine kritische Studie über den Nürnberger Parteitag liefert, behandelt Wilhelm Sollmann die »Sozialistische Machtpolitik«. Er geht von einer kritischen Betrachtung der Vergangenheit aus und stellt neue Grundsätze für die Politik der Zukunft auf. Besonders interessant ist der zweite Aufsatz von Paul Sering über die Voraussetzungen und Träger des Faschismus. In fünf Kapiteln behandelt er die »Wandlungen der Klassen«, das »System der Interessen-Demokratie«, die »Entstehungskonstellation des Faschismus«, die »faschistische Partei« und die »faschistische Revolution«. Georg Bienstock schreibt über die »Umgruppierung der Komintern«, Salomon Schwarz untersucht, ob Rußland sich auf dem Wege zur »Demokratie« oder zur »plebisitären Diktatur« befindet. Fritz Aisen bespricht in dem Artikel »Stalin mit und ohne Maske« die beiden neuen Stalin-Biographien von Souvarine und Barbusse. Alexander Stein stellt die Bedeutung von Friedrich Engels für die Gegenwart dar. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die Verlagsanstalt Graphia, Krisbad.

Von der Ley'schen Lügenfront

Wer erzieht wen?

Nachdem alle väterlichen Ermahnungen der Treuhänder nicht dazu geführt haben, den Gedanken der Volksgemeinschaft bei den Unternehmern zum Allgemeinut werden zu lassen, beginnt der Ley ein wenig zu drohen. Zunächst aber werden die »Gefolgschaften« wieder beruhigt. So orakelt Ley diesmal im Zentralorgan des »Bundes nationalsozialistischer Juristen«: »Nur nicht verzweifeln, wenn wir einmal erkennen, daß hier und dort noch lange nicht alles so ist, wie es sein soll.« Wenn manche Wirtschaftsführer den neuen Geist noch nicht erzieht haben, bittet Ley um Verständnis und sagt:

»Das ist nicht immer böser Wille, sie haben sich nur aus dem alten Stil, aus dem Leben der Vergangenheit nicht herausgefunden... Wir wissen selbst, daß das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit zu früh gekommen ist.«

Und wieder einmal wird »Erziehung und Schulung« angekündigt, gleichzeitig aber ausgesprochen, daß diejenigen, die das AOG sabotieren, Verbrecher am Volke seien. Zum Schluß wird der Ley energisch und kündigt an, daß jetzt die Arbeitsfront alle verfügbaren Kräfte einsetzen müsse,

»denn sie wisse, daß in den Betrieben vielfach noch arge Mißstände herrschen...«

Bis jetzt haben wir gewartet... Denen, die da meinen, man könne alles abwarten, die da glauben, daß nicht so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird, sei gesagt: Gewiß, dieses Gesetz kam ein wenig zu früh — wir mußten den Menschen erst eine Anlaufzeit lassen. Aber diese Zeit ist jetzt vorbei.«

Während Ley von Erziehung der Unternehmer bramarbasiert, geht die Sabotage des braunen Ordnungsgesetzes munter weiter. Man hat den letzten katholischen Gesellenverein und alles, was nach gewerkschaftlicher Organisiertheit aussieht, vernichtet, aber die Unternehmer gründen weiter Verbände zur Sondervertretung ihrer Interessen. So führt das »Schwarze Korps«, Organ der SS, vom 12. September Beschwerde über einen neugeschaffenen »Verein der Bergleute« und schreibt:

»Es ist erstaunlich, daß ausgerechnet im Jahre 1935 im Bergbau ein Zusammenschluß gegründet werden muß, der stark nach Interessenvertretung im alten Stil aussieht, der Verein deutscher Bergleute... Zweck des Vereines ist die Berufsvertretung deutscher Bergleute, zu denen der Bergarbeiter selbst nicht gerechnet wird, sondern nur Personen mit abgeschlossener wissenschaftlicher Vorbildung oder sonstige in leitender Stellung des deutschen Bergbaues Tätige.«

Diese neueste Unternehmergründung ist nach Abschluß der »Anlaufzeit« des AOG erfolgt. Wer erzieht wen, Herr Ley?

Hüter der Familie

Die Erziehungsversuche versagen aber auch in den Arbeitnehmerkreisen, die bisher dem Regime am nächsten gestanden haben. So wandte sich das »Arbeitertum« am 15. September 1935 in einem Mahnruf »Mithelfen am Aufbau des deutschen Volkes« besonders an die Bankbeamten, »die bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Regierung in jeder Weise zu unterstützen«. Es wurde eine der Schwindelstatistiken des Dritten Reichs über das Einkommen der Angestellten im Bankgewerbe vom Februar 1934 zugrundegelegt und prozentual ausgerechnet, daß in den vier Gehaltsgruppen der Bankbeamten 97,5, 98,9, 97,2 und 96,9 Prozent nichts zur Aufrechterhaltung des Volksbestandes getan hatten. »Trotz guten Einkommens eine erschreckende Kinderlosigkeit und Kinderarmut.« Aber schon im nächsten Heft des »Arbeitertums« mußte die Schriftleitung infolge der Zuschriften aus den Bankbeamtenkreisen den Rückzug antreten und erklären, daß die von ihr zugrundegelegten Gehaltsätze keine Durchschnittsgehälter seien, sondern Gehälter, die im Höchstfall erreicht werden können. Im »Arbeitertum« vom 15. Oktober muß nun zur Beruhigung der Bankbeamten, die ja schließlich ihre bescheidenen Gehälter selbst am besten kennen, von der zuständigen Reichsbetriebsgemeinschaft eine langatmige Wiedergutmachung der »Mahnung« vom September veröffentlicht werden. Es sei das Ziel des Artikels gewesen, festzustellen, daß in den Volkskreisen mit auskömmlichen Gehältern die Kinderlosigkeit am größten sei.

»In dem fraglichen Artikel sind aber bei der Angabe der Bankangestellten-Gehälter lediglich die Spitzeneinkommen in den einzelnen Gruppen angeführt worden, die nur von sehr wenigen Angestellten der einzelnen Tarifgruppen erreicht werden.«

Die Reichsbetriebsgemeinschaft schreibt,

man hätte die Mindestbezüge der Gruppen anführen sollen. Die weiteren Erläuterungen zeigen dann, daß z. B. in Gruppe I 29,8 Prozent ledig und 35,8 Prozent kinderlos verheiratet waren. Diese Gruppe hat aber nicht ein Durchschnittsgehalt von 310 Mk monatlich, wie es der Mahner im »Arbeitertum« zugrunde gelegt hatte, sondern Gehälter von 130 bis 310 Mk. Jetzt mahnt die Reichsbetriebsgemeinschaft das »Arbeitertum« und schreibt:

»Weder die Bankangestellten, noch der große Kreis der Leserschaft des »Arbeitertums« dürfen die Angaben des Verfassers in dem Artikel verallgemeinern, sondern müssen klar sehen, daß das Höchstgehalt wie bei allen anderen Berufen, so auch im Bankgewerbe nur einer kleinen Anzahl von Angestellten überhaupt zugute kommt.«

Welches Ausmaß mußte die Empörung unter den Bankangestellten schon angenommen haben, wenn bereits im »Arbeitertum« selbst die statistischen Methoden der Nazis aufgedeckt werden dürfen. In einem Artikel im »Bank-Kaufmann« wird ergänzend bemerkt:

»Als im August die Gehaltsverhältnisse der Berliner Bankangestellten nach dem Stand vom Februar 1934 veröffentlicht wurden, gab es Auseinandersetzungen. Naturgemäß ist der einzelne Berufskamerad geneigt, seine eigenen Bezüge mit den Ergebnissen zu vergleichen und je nach dem Unterschied mehr oder minder drastische Ueberlegungen über die Richtigkeit einer solchen Untersuchung anzustellen.«

Winterhilfe mit Terror

Die nationalsozialistische Winterhilfe wird in diesem Jahr mit noch größerem Terror durchgeführt als im Vorjahr. Ueberall in den Aemtern, in den Betrieben, bei den Geschäftsinhabern wird mit größter Härte mit den Sammlungen eingesetzt und die leitenden Personen werden für die Höhe der einkommenden Beträge verantwortlich gemacht. Dasselbe geschieht vielfach in den Schulen, wo die Lehrer verpflichtet werden, aus ihren Klassen einen bestimmten Mindestbetrag herauszuholen. In vielen Fällen sehen sich die Lehrer genötigt, aus der eigenen Tasche zuzuzahlen, um den vorgeschriebenen Betrag aufzubringen. Beim Verkauf einer Plakette, durch die die Beitragzahlung für die Winterhilfe bestätigt wird, wird gewöhnlich ein Satz von drei Prozent des Einkommens zugrunde gelegt. Von einem Straßenbahnbetrieb wird berichtet, daß jeder Straßenbahner in der Woche eine Mark zu zahlen hat. Kein in Arbeit Stehender kann sich angesichts der strengen Kontrolle der Gebepflicht entziehen. Neben den Abzügen an der Quelle finden auch Haussammlungen statt. Hier wird aber öfter Widerstand geleistet und es kommt nicht selten vor, daß dem Sammler die Türe gewiesen wird.

Die Winterhilfe ist keine staatliche Einrichtung, die ihre Mittel aus Steuerquellen schöpft und gerecht an die Bedürftigen verteilt, sondern eine Einrichtung des nationalsozialistischen Parteiapparats. Die durch Erpressung eingebrachten Geldmittel werden parteilich verteilt und zu nicht geringem Teil unterschlagen. Daraus erklärt sich, daß sich von der Beteiligung drückt wer sich drücken kann.

Für schärfste Ausbeutung!

Die Nationalsozialisten propagieren seit einiger Zeit als ihr Wirtschaftssystem die sogenannte Leistungswirtschaft. Diese Leistungswirtschaft kennt keinen anderen Zweck als den, durch eine unerhört intensivierte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft die Profitsmacherei der Privatkapitalisten ungeahnt zu steigern. Damit dieser Zweck erreicht werden kann, ist es notwendig, daß auch die letzten sozialen Errungenschaften der Arbeiter beseitigt werden.

Diese Forderung wird ganz unverhüllt in einem Artikel der »Berliner Börsen-Zeitung« (Nr. 469) »Was ist Leistungswirtschaft?« vertreten. Darin heißt es, daß Lohnstarife und Arbeitszeitbegrenzung die volkswirtschaftliche Leistungstotalität stark verringert hätten. Der Achtstundentag und der Zeitlohn werden als Leistungswiderstand (der Arbeiter) bezeichnet, die »im einzelnen Falle zu einem Verlust von 60 Prozent, im Durchschnitt zu einem Verlust von mindestens 40 Prozent der möglichen Normalleistung« geführt habe. Wörtlich heißt es dann:

»Ein Beispiel möge das erläutern. Ein Arbeitender vergeudet jeden Tag eine Stunde Arbeitszeit, da er im allgemeinen sein tarifiertes Pensum in sieben Stunden gut erfüllen kann. Er würde bei leistungswirtschaftlicher Lohnregelung nicht daran denken, seine Zeit zu verschwenden. Er kann aber leicht

Ja, wenn die Berufskameraden, nicht nur des Bankgewerbes, überhaupt einmal reden dürften, welche Löhne sie beziehen, dann bliebe von der Lügen-Lohnstatistik des Ley kein Fetzen übrig.

Die Bevölkerungspolitik der Nazis wird auch entlarvt, wenn man weiß, wie die Schwangerschaftsbeschwerden von Arbeiterinnen, wie sie sich infolge ungenügender Ernährung ergeben, im Dritten Reich behandelt werden. Da berichtet der »Ruhrarbeiter« Nr. 37, daß die Krankenkassen auf nationalsozialistische Anweisung die Gewährung von Krankengeld ablehnen. Begründung:

»Ein normale Schwangerschaft, selbst wenn sie an sich mit Arbeitsunfähigkeit verbunden ist, begründet noch keinen Anspruch auf Krankengeld.«

Es ist weiter kennzeichnend für die innere Unwahrhaftigkeit der bevölkerungspolitischen Mahnrufe der Nazis, wenn die von ihnen geleitete Postverwaltung in Danzig im September allen Beamten folgendes Schreiben zugeleitet hat:

»Die Not der Zeit macht es in weitestem Umfang erforderlich, teure Beamtenkräfte durch junge und damit billigere Hilfskräfte zu ersetzen, um den unbedingt notwendigen Ausgleich im Staatshaushalt zu erzielen.«

Das ist Nazi-Moral vom Schutz der Familie.

und ohne übermäßige physische Belastung dem gegenwärtigen Leistungspensum von acht Arbeitsstunden in der gleichen Zeit ein solches von vergleichsweise zehn Stunden gegenüberstellen (und noch mehr, vorausgesetzt, daß die in Frage kommenden Betriebe vorher auf Grund einer wissenschaftlich fundierten Werkanalyse untersucht, sowie organisiert, und daß Leistungskontrolle und Leistungslohn zur Einführung gekommen sind). Das wären bei einer Million Arbeiter je Tag mindestens 2 Millionen gewonnener Produktivstunden, im Jahre also mindestens 600 Millionen Produktivstunden mehr als heute, auf eine Million Arbeiter berechnet...«

Mit dieser Rechnung wird die Notwendigkeit der Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter durch neue Rationalisierungsmaßnahmen und durch Verlängerung der Arbeitszeit begründet. Die nationalsozialistische Theorie von der Leistungswirtschaft nennt das »gerechte Leistung des Arbeiters im Pensum, in der Zeit und in der Auswertung der ihm anvertrauten Anlage«. In Wirklichkeit handelt es sich aber dabei nur um den Versuch, den von der nationalsozialistischen Regierung geförderten Rückfall in die schärfsten und ungehemmten Ausbeutungsmethoden des Privatkapitals gegenüber der Arbeiterschaft auf die schamloseste Weise zu tarnen.

Rückzahlung der Armenunterstützung

Es entspricht der nationalsozialistischen Erziehung der Behörden, daß alle Maßnahmen auf sozialem Gebiet in ihrer schroffsten Form gegen Arbeiter und Angestellte zur Anwendung kommen und die Kreise der Selbständigen schonend behandelt werden. So führt die Zeitschrift »NS-Sozialpolitik« seit Monaten einen Feldzug gegen die brutale Handhabung der Wiedereinzahlung von Fürsorgeunterstützungen, wenn die Empfänger später ein Arbeitseinkommen haben. Die Zeitschrift schreibt: »Man kann doch nicht den Kasenbüchern zuliebe die schon genug Gepeinigten noch mehr peinigen.« Die Kleinrentner dagegen sind im Dritten Reich von der Rückerstattungspflicht befreit. Diese unterschiedliche Behandlung der Wohlfahrts-erwerblosen und der Kleinrentner wird in der »Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrts-pflege« als gerechtfertigt erklärt, denn: »die Kapitalrentner hätten sozusagen schon vorgeleistet und dadurch einen Anspruch auf besondere öffentliche Hilfe erworben.« (»Soziale Praxis«, Heft 38, Seite 1125.) Der Arbeit — die Ehre; dem Kapital die staatliche Fürsorge.

Die Wildenten und der Liberalismus

Der Freiherr von Dungern, Gaujägermeister der Kurmark im Dritten Reich von Görings Gnaden, verordnet (laut dem »Amtsblatt« der neuesten deutschen Jagdprese):

»Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Wildentenbesitz Deutschlands durch intensive Hege ganz bedeutend gehoben werden kann. Die Hege der Wildenten ist bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden. Diese Wildart ist freizügig und daher scheuten nach der liberalistischen Weltanschauung der

Vergangenheit viele Jäger sich, vom Standpunkt des Gemeinutzes aus zu hegen. Mit diesem Eigennutz in der weidmännischen Hege ist nunmehr gründlich aufgeräumt, so daß der Weg für die Vermehrung unserer Wildentenbestände frei ist.«

Punkt und Ausrufezeichen! Es folgt der Wortlaut des Dekrets. Um aber die Philanthropie, will sagen die Philornykie voll zu machen und um die liberalistische Weltanschauung der Vergangenheit ganz aufzurollen, bestimmt der Ukas zum Schluß:

»Die Bevölkerung ist durch Aufklärung auch in der Lokalpresse um Fütterung und Betreuung der Enten zu bitten.«

Wie froh und zufrieden können doch die Wildenten des Dritten Reiches sein, daß sie zu jenem Federvieh gehören, mit dem sich schon so mancher nach der unsterblichen Feststellung Wilhelm Buschs viele Mühe gibt! Zur Fütterung und Betreuung der Menschen des Dritten Reiches freilich — im Zeichen von Fettnot, Marktkrawallen und Lebensmittel-schlängen vor Margarineböden — fordert leider auch die Lokalpresse nicht auf.

Die gut genährten Enten Aldeutslands werden jedenfalls dankbar sein, den »Führer« und den Diktaturstaat loben und jedem Liberalismus schon im Ei abschweifen, der sie ja bisher so schändlich behandelt hat. Aber die Menschen —? Sorgen der aristokratischen Pg's, Gaujägermeister, Fliegergenerale, Stabschefs und was sie sonst noch alles sind, möchte man wirklich für vierzehn Tage auch einmal haben!

Alliance Française

101, Bd. Raspail, Paris (VIe)

Praktisches Institut für französische Sprache

Direktor: M. Robert Dupouey.

Der Winter-Lehrgang für die perfekte Erlernung der französischen Sprache beginnt am 4. November.

Der Arbeitsplan umfaßt wöchentlich: Sechzehn Stunden mindestens praktische Sprachübungen, einschließlich Uebersetzungen ins Französische.

Siebzehn Vorlesungen und Vorträge.

Ein kunstgeschichtlicher Rundgang.

Einschreibgebühr: 195 Frs. monatlich, 500 Frs. für alle 4 Monate (4. Nov. bis 28. Feb.)

Besondere Karten zum Preise von 80 Frs. monatlich werden denjenigen Personen ausgegeben, die sich nur an den Vorträgen zu beteiligen wünschen.

Zeitschrift für Sozialismus

Das Oktoberheft (Nr. 24/25) der wissenschaftlich-theoretischen Monatschrift der deutschen Sozialdemokratie enthält folgende Arbeiten:

Wilhelm Sollmann: Sozialistische Machtpolitik der Gegenwart.

Gregor Bienstock: Die Umgruppierung der Komintern.

Richard Stichling: Nürnberger Parteltag.

Paul Sering: Analyse des Faschismus.

Salomon Schwarz: Zur Demokratie oder zur plebiszitären Diktatur?

Fritz Alsen: Stalin mit und ohne Maske.

Alexander Stein: Engels und die Gegenwart.

Bücherschau.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2,— (Kc 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Frs. 2,45 (29,50), Bulgarien Lew 8,— (96,—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4,— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (18,—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,50), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1,—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.